

Vom 28. bis 30. Juni 2002 veranstaltete die Akademie für politische Bildung Tutzing unter der Leitung von Prof. Dr. Peter Hampe (Akademie Tutzing) und Prof. Dr. Dr. Karl Homann (Universität München) eine Konferenz zu dem Thema »Ethos oder Ellbogen? Zu den Wertgrundlagen der Sozialen Marktwirtschaft«. Im Mittelpunkt des zweiten Tages stand die Frage nach dem Reformbedarf und den -möglichkeiten der Sozialen Marktwirtschaft. Einige der dort vorgetragenen Referate sind im Anschluss dokumentiert.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Erneuerung der Wirtschaftsordnung

Strukturwandel und Reformdruck

Im Oktober 2000 trat die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft mit dem Ziel an die Öffentlichkeit, Antworten auf die Frage zu geben, wie das bewährte Ordnungssystem der Sozialen Marktwirtschaft an die veränderten Bedingungen anzupassen ist, die sich auf dem Weg ins 3. Jahrtausend abzeichnen. Zum einen muss der Veränderungsschub, der durch Globalisierung, durch die Anforderungen der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, durch die New Economy oder den demographischen Wandel verursacht ist, berücksichtigt werden. Zum anderen bleibt Soziale Marktwirtschaft erklärungsbedürftig – weil sie dem dynamischen Wandlungsprozess ausgesetzt ist und weil den Bürgern das Abwägen von Chancen und Risiken schwerfällt. Sie gerät unter Legitimationsdruck, denn die weltumspannenden ökonomischen Entwicklungen und Interdependenzen sind in ihren Auswirkungen und in ihrer Komplexität schwer zu durchschauen. So gehen Unbehagen, Sorgen und Ängste um. Die Globalisierung und der »Kapitalismus« lassen sich leicht zu einem für vielfältige Krisen schuldigen Sündenbock machen. Doch man kann diesen Sündenbock nicht einfach in die Wüste schicken, weil die Megatrends unserer Zeit – neue Technologien, weltweites Wachsen freier Märkte, mehr Wettbewerb, höhere Bildungs- und Leistungsanforderungen, veränderte Arbeitsstrukturen und Arbeitsplätze – nicht zu beseitigen sind. Es handelt sich um Herausforderungen, die Gesellschaft und Wirtschaft meistern müssen.

Die Träger der Initiative und die Aktionen

Unter dem Leitmotiv »Chancen für alle« will die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – eine von der Metall- und Elektro-Industrie und weiteren Wirtschaftsverbänden getragene Innovations-, Werbe- und Aufklärungsaktion – die Menschen für das marktwirtschaftliche Ordnungssystem und für notwendige Reformen gewinnen: Auf Kongressen und Tagungen oder in den Medien (Presse, Funk, Fernsehen) schildern Existenzgründer, Unternehmer und Arbeitnehmer ihre Reformarbeit, Innovationen und Problemlösungskonzepte. Außerdem hat die Initiative kompetente und prominente Persönlichkeiten gewonnen, die in den Medien und auf Veranstaltungen Vorschläge zu aktuellen Reformthemen machen. Aktuelle und zugleich grundsätzliche Themen der Initiative sind: Deregulierung des Arbeitsmarktes, Arbeitswelt der Zukunft, Reform des Bildungssystems, zukunftsfähiger Sozialstaat, Eigenverantwortung und Eigeninitiative.

Mit Aktionen und Diskussionen in Politik, Wissenschaft, Kirchen und Schulen werden der Begriff des »Sozialen«, die Bedeutung des lebenslangen Lernens, das Wuchern der Schwarzarbeit oder die Chancen zur Revitalisierung des Arbeitsmarktes – um nur einige aktuelle Themenkomplexe zu nennen – behandelt. Zudem wurde bislang eine knappe halbe Million Themenhefte und Broschüren an Journalisten, Politiker, Schulen, Verbände usw. verteilt. Das Internetportal hat die Adresse www.chancenfueralle.de. Zu finden sind darin vertiefende Informationen zur Initiative, Chat-Foren zu aktuellen Themen, ein Online-Wirtschaftslexikon, ein



Winfried Schlaffke*

* Prof. Dr. Winfried Schlaffke ist Präsident der International School of Management, Dortmund, und Geschäftsführer des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln.

Quiz zu Wirtschaftsthemen und seit neuestem gibt es eine »Junior-Plattform« im Internet zu Ausbildung und beruflichen Entwicklungen. Sie steht unter der Fragestellung: »Was soll aus mir werden?«

Die Initiative hat ein branchen- und parteiübergreifendes Netzwerk prominenter Persönlichkeiten gewonnen. Als Mitglieder des Kuratoriums oder »Botschafter der Sozialen Marktwirtschaft« helfen sie, die Reformanliegen in der Öffentlichkeit zu verbreiten. Beispielhaft seien – in alphabetischer Reihenfolge – einige Persönlichkeiten aufgezählt: Dr. Arnulf Baring, Politikwissenschaftler, Dr. Hans D. Barbier, Wirtschaftsjournalist, Wolfgang Clement, Ministerpräsident, Sigmar Gabriel, Ministerpräsident, Florian Gerster, Vorstandsvorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit, Martin Kannegiesser, Präsident Gesamtmetall, Prof. Paul Kirchhof, Jurist, Oswald Metzger, Bundestagsabgeordneter der Grünen, Siegmund Mosdorf, Manager, Prof. Karl-Heinz Paqué, Finanzminister, Rüdiger W. Rosenstock, Unternehmer, Dr. Dagmar Schipanski, Ministerin, Dr. Hans-Dietrich Winkhaus, Manager. Der Vorsitzende des Kuratoriums der Initiative ist Professor Dr. Hans Tietmeyer. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln besorgt die wissenschaftliche Begleitung und Beratung.

Die Handlungsfelder

Abkehr vom Wohlfahrtsstaat

Als Ludwig Erhard für die Soziale Marktwirtschaft verantwortlich war und mit dem Wirtschaftswunder auch sozialen Frieden stiftete, lag die Sozialversicherungsquote noch bei 20%, heute beträgt sie über 40% und wird nach Prognose im Jahre 2020 bei 43,2% liegen. Zu Erhards Zeiten wurden 22% des Bruttosozialproduktes umverteilt, gegenwärtig liegt die Umverteilung bei fast 35%.

Die Fragen, die es immer neu zu beantworten gilt, lauten:

- Wie viel Freiheit und wie viel Reglementierung,
- wie viel Ungleichheit und wie viel Gleichheit,
- wie viel Individualität und wie viel Kollektivität

wollen wir? Oder anders gefragt: Wollen wir eine Soziale Marktwirtschaft, einen Sozialstaat oder gar einen Wohlfahrtsstaat?

Die Initiative setzt auf die Neue Soziale Marktwirtschaft, denn dass wir den Wohlfahrtsstaat nicht wollen können, haben uns die Analysen von Systemtheoretikern wie N. Luhmann eindringlich gezeigt. Die Gleichung – ständig mehr Sozialleistungen, mehr Schutzrechte, mehr staatliche Verwaltungen bedeutet mehr gesellschaftlichen Fortschritt – geht nicht auf.

Da die soziale Vor- und Fürsorge immer weiter ausdehnbar ist, denn die Bedürfnisse der Menschen sind unend-

lich, und da das Streben nach Gleichheit ganz offensichtlich leitendes Idealbild für Verfechter des Wohlfahrtsstaates ist, wird eine ungeheure und selbstzerstörerische Entwicklungsdynamik programmiert, und zwar in allen Bereichen. Denn es geht nicht nur um eine kontinuierliche Steigerung der Höhe der Leistungen, sondern auch um eine Ausdehnung der Förderbereiche und eine Erweiterung der Zielgruppen. Wenn aber – zusätzlich zu den bereits vorhandenen Sozialleistungen – immer neue Bevölkerungsgruppen auf immer neuen Gebieten immer höhere Vergütungen verlangen und wenn die Menschen über den Produktivitätsfortschritt hinaus für mehr Lohn immer kürzer arbeiten, dann ist der Zusammenbruch des Wohlfahrtsstaates nur eine Frage der Zeit. Er verringert ja systematisch seine Ressourcen und erhöht zugleich in dramatischer Weise die Probleme, die er zudem noch ständig neu schöpft.

Der gesuchte Weg verläuft zwischen Kapitalismus und Wohlfahrtsstaat. Um die abzusteckenden Wegmarken und um die konkreten Zielsetzungen muss im demokratischen Prozess immer neu gerungen werden, und das geschieht auf ganz konkreten Handlungsfeldern.

Herausforderungen durch Entwicklungstrends

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft will die zentralen staatsphilosophischen und gesellschaftspolitischen Fragen neu beantworten. Das ist dringendst nötig, weil die durch wohlfahrtsstaatliches Streben aufgehäufte Schuldenlast für künftige Generationen ein schier unzumutbares Erbe ist. Zudem werden die Kosten für Bildung und Gesundheit weiter dramatisch steigen, wenn nicht mehr Eigeninitiative und mehr Eigenbeteiligung erreicht werden.

Neue ordnungs- und wirtschaftspolitische Antworten dürfen auch deshalb nicht länger auf sich warten lassen, weil Wirtschaft und Technik die wichtigsten Arbeits- und Lebensbereiche dramatisch verändert haben.

Die gegenwärtig zu beobachtenden Entwicklungstrends führen verstärkt

- | | |
|--|---|
| – von der Regionalität | zur Internationalität |
| – von der Industriegesellschaft | zur Dienstleistungsgesellschaft |
| – von Standardangeboten | zur Kundenorientierung |
| – von Kollektivität und Starrheit | zur Individualität und zur Flexibilität von Arbeitszeiten, Arbeitsorten, Arbeitsverhältnissen |
| – von hierarchisch gesteuerten Arbeitsformen | zur Eigenverantwortlichkeit und Selbstständigkeit. |

Mehr Freiräume und Flexibilität, mehr Selbststeuerung und Eigeninitiative müssen daher die Zielsetzungen wirtschaftspolitischen Handelns sein.

Die auffälligsten Veränderungen bewirkt die sich mit Beschleunigung entwickelnde Globalisierung der Märkte. Der freie Verkehr von Waren und Kapital, von Dienstleistungen und Personen – als die vier großen Freiheiten der Europäischen Union bekannt – funktioniert auch weltweit immer besser.

Weltweite Verflechtungen sind in vielen Bereichen modernen Lebens und Wirtschaftens zu beobachten: Da sind die Computer von Projektteams in Stuttgart, Frankfurt oder Hamburg mit denen von Bangalore, Kuala Lumpur oder Singapur vernetzt. Für die eine Arbeitsgruppe scheint die Sonne, für die andere der Mond. Ob acht oder 15 Stunden an einem Problem getüftelt wird, ob es Tag oder Nacht ist, spielt keine Rolle, wenn es darum geht, einer Problemlösung näher zu kommen. Was heute an Internationalität, Innovation, Mobilität und Flexibilität verlangt wird, lässt sich nur mit motivierten, kompetenten und veränderungsbereiten Mitarbeitern bewältigen.

Bildung und Arbeitsmarkt sind zentrale Handlungsfelder, auf denen die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Schwachstellen aufzeigen und Reformen ansteuern will.

Bildung

Internationale Leistungsstudien und Analysen der OECD haben die Rückständigkeit Deutschlands auf dem Gebiet der Bildungsinvestitionen und des Qualitätsniveaus unterstrichen. Eine Bildungsoffensive muss gestartet werden. Doch Bildung ist ein Gut besonderer Art. Sie lässt sich nicht verkaufen oder kaufen wie Kartoffeln oder Äpfel auf einem Wochenmarkt, sondern muss mit hoher Eigenanstrengung und ausdauerndem Leistungswillen erarbeitet werden. Sie lässt sich auch nicht einsetzen oder beliebig abrufen wie Maschinenkraft, sondern um sie produktiv werden zu lassen und ökonomisch wie auch gesellschaftlich nutzbar zu machen, müssen das Interesse und die Motivation der Lernenden vorhanden sein. Gehortete Bildung bei einem in die innere Emigration abgewanderten Arbeitnehmer ist zum Beispiel eine für das Unternehmen verlorene Investition. Bildungswirksamkeit kann daher nur dann entstehen, wenn Lernbereitschaft und Anwendungswille vorhanden sind.

Lebenslanges Lernen ist auf dem Weg in die Wissensgesellschaft unvermeidbar, doch für die notwendigen Weiterbildungsprozesse muss der Mitarbeiter mehr und mehr eigene Zeit investieren, denn die heute notwendige vieldimensionale Kompetenzstruktur ist nicht mit rasch und preiswert wirkenden Patentrezepturen zu haben. Mit kurzatmigen Schnellkursen werden nicht die geistige Wen-

digkeit und die fachliche Könnerschaft gefördert und entwickelt, die heute im europäischen und weltweiten Wettbewerb gebraucht werden. Im Arbeitsprozess ist diese Zeit aber nicht vorhanden, denn Deutschland ist seit langem Freizeitweltmeister mit seiner kurzen Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, seinen Feiertagen und langen Urlauben.

Bildung ist nicht nur die Mutter von Wertewelt, Kultur und Zivilisation, sondern Bildung ist auch der Vater des Fortschritts in Forschung und Entwicklung, Ökonomie und Technik. Bildung dient dem Menschen. Bildung ist Wissen mit Gewissen, aber Bildung ist auch ein entscheidendes Marktprodukt, das in Zukunft in vielfältigen Formen und mit steigendem Bedarf nachgefragt wird:

- Verkauf von Bildung und Weiterbildung gegen Gebühr,
- Lernsoftware,
- Edutrainment,
- Patente, Copyrights und Lizenzen,
- Planung, Organisation, Beratung,
- Herstellen und Betreiben,
- Gesundheit, Wellness, Fitness.

Bildungsdefizite bedeuten Wettbewerbsnachteile und auf Dauer Zukunftsverlust.

Arbeitsmarkt

Ein weiteres – beispielhaft herangezogenes – Arbeitsfeld der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist der Arbeitsmarkt. Es geht ihr zunächst darum, die Überzeugung von der Zukunftsfähigkeit der Arbeitsgesellschaft zu stärken. Dabei geht es nicht um gläubige Gesundheitsbeterei, sondern um die Förderung der Bereitschaft in Wirtschaft und Gesellschaft, die vorhandenen Herausforderungen anzunehmen und die Chancen zu nutzen.

Es gibt in Wirtschaft und Gesellschaft eine unendliche Aufgabenfülle, die bewältigt werden muss. Gerade in den arbeitsmarktpolitisch erfolgreichen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften hat die Erwerbstätigkeit in den vergangenen Jahrzehnten rasant zugenommen, und sie wird weiter wachsen. Noch niemals in der Geschichte gab es auf der Erde so viel Erwerbstätigkeit wie im 20. Jahrhundert. Bezahlte Arbeit nahm vor allem in jenen Ländern überproportional zu, die rasch den Weg in die Industrie- und dann in die Hightech- und Dienstleistungsgesellschaft gefunden haben.

Seit 1970 wurden in der OECD rund 110 Mill. zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen – ein Zuwachs von rund einem Drittel. Die USA konnten ihre Stellen in den letzten Jahrzehnten um rund 60% mehren, Europa um 11%, Deutschland allerdings nur um 6%.

Die Antworten der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft auf die Frage, warum der Beschäftigungsaufbau in Deutschland annähernd stagnierte, sind eindeutig:

- *Ungünstige Standortfaktoren:*

Die Standortfaktoren – hohe Löhne und Lohnzusatzkosten, kurze Arbeitszeiten und hohe Fehlzeiten, lange Bildungszeiten und frühe Verrentung, hohe Steuerlast und niedrige Renditen – waren für Unternehmer und Investoren ungünstig und verursachten eine sinkende Wettbewerbsfähigkeit. Die Standortqualität ist weiter wirksam zu verbessern.

- *Zögerliche Entwicklung und Anwendung der Schlüsseltechnologien:*

Die konsequente Nutzung der Schlüsseltechnologien unserer Zeit ist über lange Zeiträume versäumt worden. Noch in den achtziger Jahren haben Kritiker die These aufgestellt, dass Deutschland als einer der Gewinner der industriellen Revolution des 20. Jahrhunderts auf seinen Lorbeeren eingeschlafen wäre und allzu einseitig von klassischer Chemie, Automobil- und Maschinenbau lebe. Angst vor technischen Neuerungen – ob Mikroelektronik, I&K-Techniken oder Bio- und Gentechnik – haben Zukunftsinvestitionen verhindert und Innovationsbereitschaft und Pionierleistungen gebremst.

- *Unzureichender Ausbau des Dienstleistungssektors:*

Der tertiäre Sektor ist seit einem Vierteljahrhundert die treibende Kraft für den Beschäftigungsaufbau vor allem höherwertiger Arbeitsplätze, denn die Wertschöpfung löst sich mehr und mehr vom Materialverbrauch ab. Sie ist zunehmend Ergebnis organisatorischer, planender, kontrollierender, verwaltender, beratender, lehrender und gestaltender Aktivitäten.

Ein engagiertes und wettbewerbsfreudiges Eindringen in die Hightech-Märkte und die Entwicklung vor allem gehobener Dienstleistungsangebote – Bildung und Beratung, Software- und Datenbankentwicklung, Telekommunikation und Multimedia, Gesundheitspflege und Betreuung, Kredite, Versicherungen und Immobilien – sichern und schaffen Arbeitsplätze.

- *Mismatch zwischen Bildungsangebot und -nachfrage:*

Eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln – vorgelegt im Juli 2000 – hat ergeben, dass 60% der befragten Unternehmen Schwierigkeiten haben, Fachkräfte mit dem benötigten Qualifikationsprofil zu bekommen. Die Mangelsituation gefährdet nach Aussage vieler Betriebe bereits ihre Wettbewerbsfähigkeit, weil notwendige Innovationen verzögert oder überhaupt nicht realisiert werden können.

Auf dem Gebiet der zukunftssträchtigen IT- und Medienberufe werden gegenwärtig viele zigtausend offene Stellen vermutet. Dieser dynamische Markt schafft durch die Besetzung jeder Schlüsselposition zwei bis drei neue Arbeitsplätze.

Gegenwärtig müssen Wirtschaft und Gesellschaft für die Abkehr des Bildungssystems von den Anforderungen des Arbeitsmarktes und für die kämpferisch geschürte Technik- und Innovationsfeindlichkeit in den siebziger und achtziger Jahren einen hohen Preis zahlen, weil die heute benötigten Qualifikationen fehlen. Korrekturen können nicht auf Knopfdruck erfolgen. Um Zeitgeist und Bildungsverhalten zu verändern, werden Jahre, wenn nicht Jahrzehnte benötigt.

- *Überreglementierung und Bürokratisierung:*

Das Ziel eines durchsetzungsfähigen, aber schlanken Staates muss gesellschaftliche Anerkennung finden, denn in den vergangenen Jahrzehnten wuchs mit steigenden Sozialleistungen und einer ausufernden Subventionierungspolitik die Staatsquote immer weiter an, zugleich entstand eine geradezu atemberaubende Gesetzes-, Regelungs- und Vorschriftenvielfalt.

Wenn es schlimm kommt, muss ein Unternehmer, um seinen Betrieb zu führen, für 42 verschiedene Behörden über 180 Pflichtarbeiten erledigen. Dieser Aufwand kostet die Gesamtwirtschaft 28 Mrd. €. Gerade den Kleinunternehmen entsteht pro Beschäftigten ein Bürokratieaufwand von 3 420 € jährlich.

Es kann niemanden wundern, dass der kritische OECD-Bericht über den Arbeitsmarkt in Deutschland über die schlechten Rahmenbedingungen für das Unternehmertum klagt

- und Kostensenkung für Unternehmensgründungen verlangt,
- raschere Bearbeitung der Anträge fordert,
- eine automatische Genehmigung vorschlägt für den Fall, dass die Behörden in einem bestimmten Zeitraum nicht reagieren und
- eine einzige alleinzuständige Genehmigungsstelle einfordert.

Antworten auf die in immer neuem Licht aufscheinenden Grundfragen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Arbeitens und Lebens zu geben, die Herausforderungen der Zeit anzupacken und für die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu sorgen, sind zentrale Zielsetzungen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.



Norbert Reuter*

Kommentar zur »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft« und zum Konzept »Neue Soziale Marktwirtschaft« der Union

Die Diskussion über eine »Neue Soziale Marktwirtschaft«

Das noch junge 21. Jahrhundert ist nicht nur mit Blick auf Deutschland von vielschichtigen gesellschaftlichen Problemlagen gekennzeichnet. Massenarbeitslosigkeit, Finanzierbarkeit des Sozialstaats, Staatsverschuldung, Globalisierung lauten die Stichworte, die die Wirtschafts- und Finanzpolitik herausfordern. Vor diesem Hintergrund haben Initiativen und Parteien eine Reform der bundesdeutschen Wirtschaftsordnung, die als Soziale Marktwirtschaft über Jahrzehnte hinweg Modellcharakter hatte, auf die Tagesordnung gesetzt.

Die »neue Soziale Marktwirtschaft« der CDU

Erklärtes Ziel der CDU ist es, mit ihrem im August 2001 vorgestellten Konzept den sozialen Charakter und damit das Wesen des »Rheinischen Kapitalismus« (Albert 1992, S. 25) zu erhalten. Die Union will die Soziale Marktwirtschaft »auf eine neue Stufe« heben. Hierbei soll mit dem »bewährten Konzept« der Sozialen Marktwirtschaft nicht gebrochen werden. Um dies zu unterstreichen, wurde auf die zunächst gewählte Großschreibung des Attributs »neu« verzichtet. Eine Annäherung an den »neoliberalen Zeitgeist«, wie Blüm (2001) kritisiert hat, ist dennoch unverkennbar und zeigt sich in Forderungen nach

- Flexibilisierung des Arbeitsmarkts,
- Rücknahme von Mitbestimmungsrechten,

- generellem Rückzug des Staates,
- weiterer Liberalisierung des Wirtschaftshandelns,
- Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe,
- weiterer Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme.

Allerdings sieht die Union Grenzen des Umbaus in Richtung »mehr Markt« und will an wesentlichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft festhalten:

- Die grundsätzliche Bedeutung des sozialen Ausgleichs und des Gleichgewichts zwischen Staat und Wirtschaft (Stichwort: »handlungsfähiger Staat«) für das demokratische Gemeinwesen wird unterstrichen;
- Gerechtigkeit, Solidarität, soziale Sicherheit, Sozialpflichtigkeit des Eigentums, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Nachhaltigkeit, ökologische und soziale Mindeststandards und die Tarifautonomie werden zu »unverzichtbaren Elementen der Sozialen Marktwirtschaft« erklärt;
- vor einem »liberalistischen Freibeutertum« (Ludwig Erhard) und einer »Catch-as-catch-can-Ökonomie« wird gewarnt.

Die »Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)«

Im Unterschied zu den sozial rückgebundenen Reformvorstellungen der Union propagiert die INSM eine wesentlich weitgehendere Reform der deutschen Wirtschaftsordnung in Richtung des amerikanischen Wirtschaftssystems. Sie deklariert den sozialen Charakter der deutschen Wirtschaftsordnung als wesentlichen Hemmschuh für eine dynamische, mehr Wachstum generierende Entwicklung. Die Soziale Marktwirtschaft sei »in die Jahre gekommen« und den »Anforderungen des 21. Jahrhunderts« nicht mehr gewachsen.¹ Der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit gilt als Beleg für die sukzessive Herausbildung von Kräften, die einer dynamischen Entwicklung entgegenstehen. Die empfohlenen Einzelmaßnahmen lassen sich in der Forderung nach der »Entfesselung der Marktkräfte« zusammenfassen.

Ausschlaggebend für diese Forderung ist die Annahme, dass die Soziale Marktwirtschaft »(i)m Laufe der mehr als 50-jährigen Geschichte (...) zu viel Ballast angesammelt (hat).« Die INSM verfolgt erklärtermaßen keinen neuen Ansatz, sondern will lediglich bekannte Forderungen aus dem Kreis der deutschen Wirtschaft wirksamer in die Öffentlichkeit transportieren, da, wie Rodenstock (2001, S. 12 f.) als einer ihrer Protagonisten beklagt, die Vielzahl von Beiträgen zu diesem Thema und vor allem die »häufig akademische(n) Diktion (...) eher zur Verwirrung und Desorientierung vieler Bürger als zu mehr Verständnis und Klarheit« beigetragen hätte. Insofern hat sich die Initiative die Aufgabe gesetzt, gesellschaftliche Widerstände, die einem »Aufbruch ins zweite Wirtschaftswunder« (Rodenstock 2001, S. 190) entgegenstehen, überwinden zu helfen.

* Dr. Norbert Reuter ist Privatdozent für Volkswirtschaftslehre an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen.

¹ Alle Zitate sind – soweit nicht anders gekennzeichnet – der Website www.chancenfueralle.de, der offiziellen Kommunikationsplattform der INSM, entnommen.

In der Tat gehen die wirtschaftspolitischen Forderungen der INSM nicht über altbekannte Konzepte hinaus: Deregulierung in allen Bereichen, Abbau von Vorschriften auf dem Arbeitsmarkt, Lockerung des Kündigungsschutzes, stärkere Lohnflexibilisierung und -spreizung, Entbürokratisierung von Mitbestimmungsverfahren, Reduzierung der Löhne auf »Knappheitslöhne« (Rodenstock 2001, S. 54 f.), härteres Vorgehen gegen »arbeitsunwillige« Arbeitslose, Kürzung von Sozialleistungen, Förderung von Eliten, Verschlankung des Staates, insgesamt mehr Flexibilität, mehr Wettbewerb und Stärkung der Marktkräfte.

Das Grundverständnis der INSM lässt sich dahingehend zusammenfassen, dass »effiziente Selbstregelungskräfte« prinzipiell in der Lage sind, einen »harmonischen« Wirtschaftsaufbau zu garantieren, so dass gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte endogen verhindert werden. Diese Selbstregulierungsfähigkeit verkräfte ein gewisses Maß an Regulierungen und staatlichen Eingriffen. Da man diese jedoch in »Jahrzehnten der Überregulierung« (Rodenstock 2001, S. 38) übertrieben habe, habe es früher oder später zu Ausfallerscheinungen des Marktmechanismus und in deren Folge zu niedrigerem Wachstum, Arbeitslosigkeit und Wohlstandseinbußen kommen müssen. »Mehr Markt« gilt als ebenso universelles wie wirksames Mittel, diesen Entwicklungen nachhaltig zu begegnen. Als Dosierungsempfehlung gilt die Devise, dass der Weg in Richtung »mehr Markt« solange zu beschreiten ist, wie noch wirtschaftliche Probleme vorhanden sind.

Inwieweit dieses Verständnis marktwirtschaftlicher Funktionszusammenhänge mit dem theoretischen Fundament der Sozialen Marktwirtschaft vereinbar ist, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden (vgl. hierzu Reuter 2001a; 2001b). Die Frage lautet vielmehr, ob die Grundannahme Bestand hat, dass sich im Laufe der Entwicklung Kräfte herausgebildet haben, die die vormals dynamische Wirtschaft gewissermaßen ausbremsen und damit für die aktuellen Wirtschaftsprobleme verantwortlich gemacht werden können? Die Beantwortung dieser Frage macht es erforderlich, sich die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg genauer anzusehen.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland nach 1945

Vom Bild einer gebremsten Entwicklung...

Das bemerkenswerteste Kennzeichen der deutschen Nachkriegsentwicklung sind die anfänglich hohen Wachstumsraten, die mit 12% im Jahr 1955 ihren Höhepunkt erreichten und seitdem einen abwärtsgerichteten Trend aufweisen. In den 1960er Jahren lag der Durchschnitt der jährlichen Wachstumsraten noch bei 4,4%, während er in den 1970er

Jahren auf 2,7% und in den 1980er Jahren auf 2,3% sank. In den 1990er Jahren, in denen nur noch ein Wachstum von durchschnittlich 1,6% erzielt wurde, setzte sich dieser dekadenübergreifende Trend weiter fort (vgl. bereits Afheldt 1994 und Reuter 1998). Spiegelbildlich zu dieser Entwicklung nahm die Arbeitslosigkeit zu. Mit durchschnittlich 3,3 Mill. Arbeitslosen erreichte die Arbeitslosigkeit in den 1990er Jahren ihren bisherigen Nachkriegshöchststand, während die Wachstumsraten gleichzeitig ihren Tiefststand erreichten. Eine Trendumkehr ist nicht absehbar.

Vor diesem Hintergrund äußert nicht zuletzt die INSM die Vermutung, dass es in der Vergangenheit zur Herausbildung von Faktoren gekommen ist (»sozialer Ballast«), die die anfangs noch dynamische und Vollbeschäftigung produzierende Wirtschaft sukzessive behindert hat. »Ballast abwerfen« mittels Sozialstaatsabbau erscheint als notwendige Voraussetzung für die Rückkehr auf alte Wachstumspfade. Sind sinkende Wachstumsraten aber überhaupt ein geeigneter Indikator für eine abnehmende Wirtschaftsdynamik?

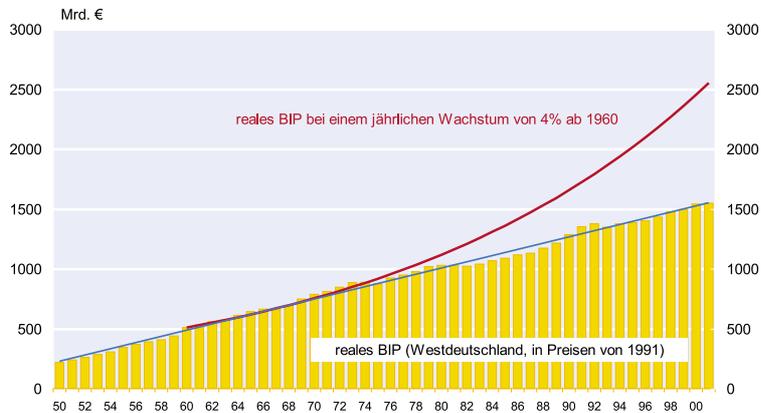
... zur Realität einer ungebremsen Expansion

Die große Beachtung, die den jährlichen Wachstumsraten als Indikator einer mehr oder weniger erfolgreichen Entwicklung geschenkt wird, dokumentiert das *Dilemma des vorherrschenden Denkens in Wachstumsraten*. Nur unzureichend dringt die Erkenntnis ins Bewusstsein, dass wegen der sich mit jedem wirtschaftlichen Zuwachs vergrößernden Basis (Sozialprodukt) es auch dann zu sinkenden Wachstumsraten kommt, wenn eine ungebrochen konstante Zunahme der Wirtschaftsleistung vorliegt. Insofern sind abnehmende Wachstumsraten, auf die die ganze wirtschaftswissenschaftliche wie politische Diskussion der Gegenwart Bezug nimmt, keineswegs Ausdruck einer abnehmenden Wirtschaftsdynamik.

Der langfristige Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland macht die Bedeutung dieser kaum thematisierten Zusammenhänge exemplarisch deutlich. Die langfristige Entwicklung des realen jährlichen BIP zeigt einen nahezu idealtypischen *linearen* Anstieg, d.h. entgegen aller »gefühlten« Wachstumsverlangsamung war *der jährliche Anstieg des realen BIP pro Jahr in den 1960er Jahren im Trend genauso hoch wie in den 1990er Jahren* (vgl. Abb.).

Nur wenn unterstellt wird, die »Normalität« wirtschaftlicher Expansion sei durch exponentielle Entwicklungen gekennzeichnet – etwa mit einer Wachstumsrate von jährlich 4% (vgl. Abb.) –, tut sich eine immer größere »Wachstumslücke« auf. Eine Begründung für einen exponentiellen Wachstumsverlauf als Normalverlauf und Referenzwert gibt es jedoch nicht. Im Gegenteil: Nicht erst die ökologische Debatte hat gezeigt, dass jede exponentielle Entwicklung auf den

Abb.
Tatsächliche und erwartete Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts



Kollaps des Systems hinausläuft; von »Normalität« kann also keine Rede sein.

Eine nicht auf Wachstumsraten fixierte Beurteilung der Entwicklung kommt also zu dem Ergebnis, dass die wirtschaftliche Expansion heute genauso kräftig ist wie in den Anfangsjahren der Bundesrepublik (so bereits Afheldt 1994). Die Suche nach den die wirtschaftliche Dynamik hemmenden Faktoren beruht damit letztlich auf einem mathematischen Trugbild. Es ist daher alles andere als selbstverständlich, langfristig sinkende Wachstumsraten als Ausdruck einer gebremsten oder weniger dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung zu interpretieren.

Resümee und Forschungsbedarf

Die Versachlichung der Diskussion über gegenwärtige wirtschaftliche Probleme setzt ganz offensichtlich eine Abkehr vom Denken in Wachstumsraten voraus. Angesichts der Tatsache, dass trotz verschiedenartiger Wirtschaftsordnungen, unterschiedlichster Wirtschaftspolitiken, wechselnder Regierungen mit jeweils eigenen wirtschaftspolitischen Ansätzen – von stark liberalistisch bis dezidiert interventionistisch – Wachstumsraten nirgendwo auf dem Niveau der 60er Jahre aufrechterhalten werden konnten. Mit Ausnahme der USA, für die offensichtlich besondere ökonomische Regeln gelten², hat sogar kein entwickeltes Industrieland das kontinuierliche Absinken der Wachstumsraten verhindern können (s. Tab.). Daher erscheint die Suche nach jenen Ursachen überfällig, die den dominanten Trend real konstanter und ge-

² Keinem anderen Land der Welt ist es möglich, ein derart großes Leistungsbilanzdefizit dauerhaft über Kapitalimporte zu finanzieren, ohne dass die Währung abwertet. Da der Warenhandel den Hauptteil des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits ausmacht, ist es das Ausland, das diesen Teil der inländischen Nachfrage finanziert. Mit anderen Worten: Für diesen Teil der inländischen Nachfrage sind die Opportunitätskosten makroökonomisch gesehen gegenwärtig gleich null – eine offensichtlich einzigartige Situation.

genüber wirtschaftspolitischen Einflüssen offensichtlich weitgehend resistent Zuwächse erklären können.

Auch wenn erste Erklärungsansätze bereits vorliegen (Zinn 1984; 1994; Steiner 1999; Reuter 2000), besteht weiterhin Forschungsbedarf, der sich u.a. auf folgende wachstumsrelevante Themenkomplexe zu konzentrieren hätte:

- die Entwicklung von Bedürfnissen im Zeitverlauf;
- die Bedeutung von (sektoralen) Nachfragegrenzen und (relativen) Sättigungstendenzen;
- die Veränderung der Wirkung von Produkt- und Prozessinnovationen;
- die Folgen steigender Unsicherheit;
- institutionelle und anthropogene Grenzen der Nachfrageentwicklung und
- die Wirkung der Einkommensverteilung.

Bereits vor über 50 Jahren war es eine der zentralen Thesen von John Maynard Keynes (1983; 1998), dass ökonomisches Wachstum nach dem industriellen »take off« relativ schnell an Grenzen stößt – und mit ihm auch die traditionelle Wachstumspolitik. Sollte sich angesichts neuer Erkenntnisse über die reale Entwicklungen dieses Verständnis langfristiger Entwicklungsverläufe bestätigten, würde deutlich werden, dass gegenwärtige Initiativen zur Reform der Sozialen Marktwirtschaft von einem überkommenen Wachstumsdenken geprägt sind.

Die neue Frage müsste demgegenüber lauten: Wie lassen sich Probleme hoch entwickelter Industriegesellschaften unter den realen Bedingungen linearen Wachstums – also weiter abnehmender, in jedem Fall relativ niedriger Wachstumsraten – lösen? Politikfelder wie Arbeitszeitpolitik, Ver-

Reales Bruttoinlandsprodukt (pro Kopf)

– Veränderung gegenüber Vorjahren in %/ 10-Jahresdurchschnitte

	60er Jahre	70er Jahre	80er Jahre	90er Jahre
Deutschland	4,4 (3,5)	2,7 (2,6)	2,3 (2,0)	1,6 (1,3)
Frankreich	5,6 (4,5)	3,3 (2,7)	2,4 (1,8)	1,9 (1,5)
Großbritannien	2,8 (2,2)	1,9 (1,8)	2,7 (2,4)	2,7 (2,3)
Italien	5,7 (5,0)	3,6 (3,1)	2,2 (2,2)	1,6 (1,4)
Spanien	7,5 (6,4)	3,5 (2,5)	3,0 (2,6)	2,7 (2,5)
Japan	10,1 (9,0)	4,4 (3,3)	4,0 (3,4)	1,2 (0,9)
USA	4,2 (2,8)	3,1 (2,0)	2,9 (1,9)	3,7 (2,7)
alle	5,8 (4,6)	3,2 (2,5)	2,8 (2,3)	2,2 (1,8)
EUR 15	4,8 (4,0)	3,0 (2,5)	2,4 (2,1)	2,1 (1,8)

Quelle für Grunddaten: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten, Tab. 1* und Tab. 3* und OECD Wirtschaftsausblick, laufende Ausgaben.

teilungspolitik, Nachfragepolitik, die in der Vergangenheit durch die Wachstumseuphorie in den Hintergrund gedrängt worden waren, würden in das Instrumentarium einer problemorientierten Wirtschaftspolitik reintegriert werden müssen.

Literatur

- Afheldt, H. (1994), Wohlstand für Niemand? Die Marktwirtschaft entläßt ihre Kinder, Frankfurt a.M./Wien.
- Albert, M. (1992), Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt a.M./New York.
- Blüm, N. (2001), »Mehr Obst, weniger Äpfel? Die CDU in der liberalen Falle oder Wider den Imperialismus der Verwirtschaftung des Lebens«, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. September, 12.
- Keynes, J.M. (1983), Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (1936), 6. Aufl., Berlin.
- Keynes, J.M. (1998), »Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (1930)«, in: N. Reuter (1998), Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg, 115–127.
- Reuter, N. (1998): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen. Mit Texten zum Thema von John Maynard Keynes und Wassily W. Leontief, Marburg.
- Reuter, N. (2000), Ökonomik der »Langen Frist«. Zur Evolution der Wachstumsgrundlagen in Industriegesellschaften, Marburg.
- Reuter, N. (2001a), »Die »Neue Soziale Marktwirtschaft« – neu und sozial?«, epd-Dokumentation, Nr. 43, 15–27.
- Reuter, N. (2001b), »Die »Neue Soziale Marktwirtschaft« – »neu« und »sozial«?«, Die Zeit vom 11. Oktober, 31.
- Rodenstock, R. (2001), Chancen für alle. Die Neue Soziale Marktwirtschaft, Köln.
- Steiner, H. (1999), Der Kurzschluß der Marktwirtschaft. Instrumentalisierung und Emanzipation des Konsumenten, Berlin.
- Zinn, K.G. (1984), »Soziale Wachstumsgrenzen – ein neues Paradigma der ökonomischen Theorie?«, Wirtschaft und Gesellschaft 10 (29), 159–187.
- Zinn, K.G. (1994), Die Wirtschaftskrise. Wachstum oder Stagnation. Zum ökonomischen Grundproblem reifer Volkswirtschaften, Mannheim et al.



Karen Horn*

Kommentar

Die von Unternehmensverbänden getragene Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und das gleichnamige Konzept der Unionsparteien sind ein Glücksfall. Denn ordnungspolitisches Denken in Deutschland ist ziemlich unter die Räder gekommen. Alles, was hilft, den öffentlichen Diskurs über solche grundsätzlichen Fragen wiederzubeleben, ist jetzt hochwillkommen. Und zweitens ziehen beide Initiativen eine Reißleine, die schon lange in der Luft schwebt, aber nach der noch nie jemand so öffentlichkeitswirksam gegriffen hat. Dass die Soziale Marktwirtschaft, wie sie sich Alfred Müller-Armack ausgedacht und wie Ludwig Erhard sie politisch durchgesetzt hat, längst nicht mehr dem Wirtschaftssystem entspricht, in dem die Deutschen leben, ist an sich eine Binsenweisheit. Und dass das nicht so weitergeht, auch. Aber noch nie hat der Protest gegen die Aushöhlung des Ordnungskonzepts der Sozialen Marktwirtschaft ein solches Gewicht auf die Waage gebracht wie jetzt die Initiative der Verbände und der Union. Insofern ist es segensreich, dass es beide gibt.

Aber auch Skepsis ist angebracht. Das hat zunächst mit einer logischen Formalität zu tun – und dann auch mit dem Systemgedanken »Soziale Marktwirtschaft« überhaupt. Zunächst das einfachere. Beide Initiativen setzen das Müller-Armacksche Konzept gleich mit der faktischen Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Unter der Einschränkung zwar, dass diese Ordnung im Laufe der Jahrzehnte zu viel Ballast angesammelt hat und sich selber kaum noch wieder erkennen würde. Aber als logischer Ausgangspunkt ist das schlicht falsch. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein theoretisches Konzept, das entweder in der Praxis verwirklicht ist oder nicht, das entweder respektiert wird oder pervertiert. Die real existierende Wirtschaftsverfassung Deutschlands hingegen ist ein Sammelsurium von Vorschriften im Grundgesetz, die durchaus kein klares Mo-

Dr. Karen Horn ist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beschäftigt.
Foto: Elke A. Jung-Wolff.

dell vorgeben, sondern dem politischen Gestaltungswillen erheblichen Freiraum lassen. Wozu das führt, haben die letzten fünfzig Jahren gezeigt. Noch einmal: Im Grundgesetz ist von der Sozialen Marktwirtschaft nicht die Rede. Es lässt sie zu – aber auch starke Abweichungen davon. Die Diagnose müsste daher eigentlich lauten: Deutschland hatte mal die Soziale Marktwirtschaft, und es wäre schön, wenn man sie wiederfände. Es wäre schön, wenn der wuchernde Sozialstaat soweit abgebaut werden könnte, dass Privatinitiative und Selbstvorsorge wieder eine Chance hätten.

Letztlich ist das auch das Ziel der von den Verbänden getragenen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie wollen ein Revival des Erhardschen Konzepts – und, wie es Karl-Heinz Paqué in einer ihrer Broschüren formuliert hat, dabei soll Erhard auch neu interpretiert werden. Damit rückt diese Initiative inhaltlich ganz nahe an die CDU, die eine echte konzeptionelle Erneuerung anzustreben scheint. Für sie erwächst die Notwendigkeit einer Neukonzipierung der Sozialen Marktwirtschaft offenbar aus der Existenz der Neuen Ökonomie, die die Bedingungen des Wirtschaftens vom Kopf auf die Füße stellt. Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft spielt der Produktionsfaktor Kapital eine immer geringere, der Produktionsfaktor Arbeit in Verbindung mit dem Wissen – also das Humankapital – eine immer größere Rolle. Und das auf globalen Märkten. Nach Ansicht der Union entstehen aus der Globalisierung neuartige Schutzbedürfnisse der Menschen, die in die reale Konkretisierung des Adjektivs der Sozialen Marktwirtschaft eingehen müssen. Außerdem ruft sie nach einem neuen internationalen Ordnungsrahmen. Das Ganze wird dann als Konzept von der »Wir-Gesellschaft« publikumswirksam vermarktet. Als Angela Merkel mit ihrer Idee das erste Mal vor die Öffentlichkeit trat, nutzte sie auch noch einen Publikumsgag, den sie sich bei Silvio Berlusconi abgesehen hatte: die Idee des »Vertrags für die Zukunft«, den sie den »Menschen in Deutschland« anbieten wolle, für eine »Partnerschaft zwischen Bürger und Politik«. All das ist nur Rhetorik. Politiker haben immer einen Vertrag mit den Bürgern. Sie präsentieren nämlich irgendwann ein Wahlprogramm und werden dafür gewählt. Und wenn sie ihre Versprechen nicht halten, wenn sie also vertragsbrüchig werden, dann werden sie wieder abgewählt. So einfach ist das.

Die Soziale Marktwirtschaft auf eine internationale Ebene zu heben oder heben zu wollen, verdient nähere Betrachtung – und zwar eine sorgenvolle. Denn da schimmert ein politischer Aktionismus, ein intellektueller Konstruktivismus durch, der mit dem Respekt vor dem Markt und seiner Dynamik nicht viel zu tun hat. Eigentlich müsste die Diagnose lauten, dass die Globalisierung allen Beteiligten hilft. Die Entfesselung der Märkte durch den internationalen Wettbewerb stärkt die individuellen Freiheitsrechte, gibt den Menschen mehr Optionen, sorgt für politische Effizienz. Das ist kein Plä-

doyer für eine Abschaffung jeglicher Sozialpolitik – nur kann die gern auf der nationalen Ebene verbleiben und muss keinesfalls auf globales, zentrales Niveau gehoben werden, wie das die vage Idee einer Internationalisierung der Sozialen Marktwirtschaft verheißt. Das heißt aber auch, dass das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft angesichts der Globalisierung nicht wirklich einer völligen Neuinterpretation bedarf, sondern vielmehr in seinem Gehalt gestärkt wird.

Was hat die Union an konkreten Vorschlägen anzubieten? Weitere Liberalisierung des Welthandels. Kein Problem. Durchsetzung freien und fairen Wettbewerbs weltweit – durch Ansiedlung internationaler Streitfälle bei der WTO, Verstärkung der Kooperation der Kartellbehörden sowie einen Grundkonsens wettbewerbspolitischer Prinzipien für alle Staaten dieser Erde. Das ist schon nicht mehr problemlos zustimmungsfähig. So schaltet man jeden Systemwettbewerb unter den Wettbewerbssystemen der Welt aus. Nur der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren kann zeigen, welches Wettbewerbsrecht das bessere ist. Dritter Punkt: Sicherung und Stärkung des internationalen Finanzsystems durch IWF und Weltbank. Das sind freilich zwei Institutionen, gegenüber denen einiges an Kritik angebracht wäre. Nicht im Sinne der Globalisierungsgegner, die mehr Interventionismus fordern – sondern im Gegenteil in dem Sinne, dass so manches Bail-out durch die Bretton-Woods-Institutionen erst die Sitten auf den internationalen Finanzmärkten verdorben hat. IWF und Weltbank sind nicht etwa die Inkarnation der wilden Märkte. Im Gegenteil, sie sind die Inkarnation willkürlicher und oftmals höchst kritisierbarer Eingriffe, die das gesunde Wirken der Marktkräfte unterbinden. Ohne den Moral hazard, dem der Währungsfonds mit seiner Politik Vorschub leistet, hätte es zum Beispiel die Asien-Krise nie gegeben. Und von denen soll die Welt jetzt stabilisiert werden?

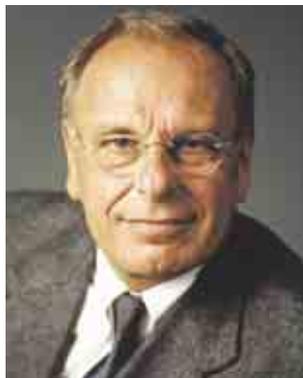
Das Konzept der Union und in gewissem Maße auch die Vorstellungen der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft kranken daran, daß sie nicht stringent genug sind, dass sie dem Markt nicht lassen, was des Marktes ist. Sie leiden an der Krankheit des Dritten Weges. Das ungeklärte Verhältnis zwischen dem Sozialen und dem Markt ist der inhärente und offenbar unauflösbare Widerspruch des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft. Das Problem ist, dass zuviel Soziales den Markt zerstört. Doch wie viel Soziales verträgt der Markt? Und wo gehört es hin? In den Markt – oder neben ihn? In Deutschland hat man sich für das Daneben entschieden. Im Jahr 1999 betrug die Sozialleistungsquote 33,7% des Bruttoinlandsprodukts. 1960 waren es übrigens nur 21,6%. Wenn ein Drittel des BIP jedoch in die Sozialpolitik fließt, kann man schon Zweifel bekommen, ob die Funktionsfähigkeit des Marktes darunter nicht leidet – und ob so nicht das Soziale, das der Markt allein durch seine Effizienz selbst generiert, nicht nachhaltig Schaden nimmt. Denn der Staat soll die Privatinitiative nicht völlig zudecken.

Aus Sicht des Bürgers hat Ludwig Erhard seine Rolle in seinem Buch »Wohlstand für alle« (1957) wie folgt formuliert: »Ich will mich aus eigener Kraft bewähren. Ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge Du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin.« Davon ist Deutschland heute weit entfernt.

Seinem Erfinder, Alfred Müller-Armack, war das ungeklärte Verhältnis zwischen dem Sozialen und dem Markt wohl bewusst. Für ihn war die Soziale Marktwirtschaft ein »der Ausgestaltung harrender, progressiver Stilgedanke«, der seine Dynamik gerade aus der gegenseitigen Abhängigkeit und Widersprüchlichkeit des Sozialen und des Marktes gewinnt, aus der »Durchdringung«. Mit dieser intellektuell anspruchsvollen, praktisch aber für niemanden, weder für den Bürger noch für die Politiker klar greifbaren Formel war freilich der Interpretation Tor und Tür geöffnet. Die Folgen sind bekannt. Damit ist sie desavouiert.

Heute ist das Label »Soziale Marktwirtschaft« nur noch ein Marketing-Gag, mit dem sich Stimmen fangen lassen. Es ist ein bisschen so wie mit dem Hotelling-Modell der Standortwahl in der Regionalökonomie. Man stelle sich einen langen Strand vor, mit überall gleich vielen Leuten. Der eine Eisverkäufer stellt seinen Stand in der Mitte des Strandes auf. Dann kommt ein zweiter. Wohin stellt der sich? Direkt daneben. So ist das mit dem Markt und dem Sozialen. Wer beide Begriffe verwendet, saht am meisten Kunden ab. Mit dem Wort Marktwirtschaft lassen sich alle Leute einfangen, die auf die Effizienz dieses Wirtschaftssystems bauen und die zuversichtlich sind, dass der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren ganz neue Wege in die Zukunft offen legen wird. Und das Wort Sozial ruft auch noch alle Bedenkenträger herbei. Politisch ist das ein sehr praktisches, ein rentables Konzept, und es hat viele falsche Freunde.

Es gilt eines nicht zu vergessen: Der Sozialstaat ist nicht nur außer Rand und Band, er steht auch kurz vor dem Zusammenbruch. Die Sozialversicherung ist nicht mehr finanzierbar. Einen besseren Beweis dafür, dass es zu weit gegangen ist in den letzten Jahren mit der Betonung des Sozialen gegenüber dem Markt, ist kaum vorstellbar. Auch kein besserer Beweis dafür, dass dieser Doppelpack kein gutes Paar ergibt. Es wäre ehrlicher, beherzt sich für die Marktwirtschaft einzusetzen – ohne Adjektive.



Randolf Rodenstock*

Soziale Marktwirtschaft als globales Vorbild?

»Soziale Marktwirtschaft« scheint eine Blütezeit zu erleben. Fast kein Kongress scheint ohne dieses Thema auszukommen. Soziale Marktwirtschaft scheint »in« zu sein. Der Schein trügt. Die Praxis sieht das anders aus. Unser Wirtschaftssystem hat sich vom Idealtypus der Sozialen Marktwirtschaft weit entfernt. Deshalb hat die Initiative »Neue Soziale Marktwirtschaft« versucht, eine breite Debatte über den grundsätzlichen Zustand unseres Wirtschaftssystems anzustoßen. Denn wir brauchen eine langfristige Strategie für das Unternehmen Deutschland. Die Politik jedenfalls hat dafür keine Strategie. Sie scheint eher nach dem Motto zu handeln: »So lange ich nicht weiß, wo das Ziel ist, spielt es keine Rolle, welchen Weg ich nehme.«

Ich möchte mich auf vier Bereiche konzentrieren:

1. Die Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft
2. Die real existierende Soziale Marktwirtschaft
3. Grundphänomene der Globalisierung und auf die Frage
4. Ist die Soziale Marktwirtschaft ein globales Vorbild?

Die Kernelemente der Sozialen Marktwirtschaft

Marktwirtschaft ist der Ausgleich zwischen Nachfrage und Angebot über einen frei zu vereinbarenden Preis. **Sozial** ist, was der Gemeinschaft nützt, also nicht nur dem Individuum. Beides kombiniert reicht aber nicht aus, das Wesen der »Sozialen Marktwirtschaft« zu erklären. Denn zu ihren Grundlagen gehören auch Freiheit, Eigentum, Wettbewerb, Produktivität, Leistung und Solidarität verknüpft mit Subsidiarität. Oft wird der Sozialen Marktwirtschaft das Attribut »frei« vorangestellt. »Frei« bedeutet in

* Randolph Rodenstock ist Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft.

diesem Zusammenhang, dass der einzelne Mensch in Freiheit – also ohne staatliche Bevormundung – selbst für sein Wohlergehen sorgen kann.

Diese Freiheit sorgt für Alternativen und Chancen, sichert Vielfalt und Verschiedenheit und schafft im Ergebnis Vorteile für die ganze Gemeinschaft. Sie garantiert aber nicht das gleiche Ergebnis für alle, obwohl dieses Missverständnis weit verbreitet ist. Das System schafft gleiche Chancen für alle beim Start, gleicht mit Hilfe zur Selbsthilfe etwaige Benachteiligungen auf der Strecke aus, sichert aber nicht die gleiche Zielankunft.

Das Pendant der Freiheit ist Verantwortung. Auch soziale Verantwortung. In meinem Buch »Chancen für Alle« habe ich dafür die Formel »Markt, aber herzlich« benutzt. Verantwortung bedeutet, dass die Freiheit ihre Grenzen dort findet, wo die Freiheit anderer gefährdet ist. Und zwar nicht nur die Freiheit der anderen Menschen heute, sondern auch die der zukünftigen Generationen. Zur sozialen Verantwortung gehört nicht nur der Ausgleich zwischen Starken und Schwachen, sondern auch ein nachhaltiger Umgang mit unseren finanziellen und natürlichen Ressourcen. Nachhaltigkeit ist kein technischer Begriff, sondern eine aus Verantwortung geborene Geisteshaltung.

Zum Sozialen in unserer Marktwirtschaft gehört auch, das Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit zu akzeptieren. Nur Sicherheit schafft das Fundament dafür, dass Menschen Neues wagen und Risiken eingehen. Hier und nur hier ist der Staat gefordert: Er schafft soziale Ausgleichsmechanismen für Verbraucher einerseits und rechtliche Regeln für Unternehmer andererseits, um Wettbewerbsverzerrungen und damit Marktungleichgewichte durch Monopol- und Kartellbildung zu verhindern. Die Soziale Marktwirtschaft hat die individuelle Freiheit auf dem Markt verbunden mit der staatlichen Verpflichtung zum sozialen Ausgleich. Sie basiert also auf dem Gleichgewicht zwischen Markt (= unternehmerische Freiheit) und Moral (= Verantwortung für das Ganze).

Markt und Moral sind unterschiedliche Dimensionen, aber keine Gegensätze. Selbst in den Kirchen, die sich für die wirtschaftlich Schwachen besonders verantwortlich fühlen, beginnt das Verständnis dafür zu wachsen. So haben der Bund Katholischer Unternehmer und der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer in Deutschland in einem gemeinsamen Plädoyer für eine moderne Wirtschaftsordnung ausgeführt:

»Das gängige Entgegensetzen von Markt und Moral ist falsch. Märkte veranlassen die Teilnehmer, die Interessen anderer Menschen zu berücksichtigen. Die Orientierung am Wunsch anderer Menschen bedeutet eine soziale Leistung

der Marktwirtschaft. Märkte haben daher positive ethische Konsequenzen. Das Gemeinwohl ergibt sich erst im Wettbewerb, der die wirtschaftliche Leistung steigert. Der Staat hat sich dabei jeder Bevormundung zu enthalten.«

Sehr bemerkenswerte Sätze aus einer nicht vermuteten Richtung!

Die real existierende Soziale Marktwirtschaft

Sie hat sich im Lauf der Jahrzehnte in Deutschland völlig denaturiert. Und sie ist an vielen Stellen weder marktwirtschaftlich noch sozial.

Es ist nicht marktwirtschaftlich,

1. wenn Subventionen noch immer in einer Größenordnung von 21,4 Mrd. € allein vom Bund verteilt werden. Natürlich ist nicht jede Subvention per se von Übel. Aber bei 9,9 Mrd. € (2002) Zuwendungen an die gewerbliche Wirtschaft könnte es schon sein, dass Steuergelder auch in Branchen und Unternehmen ankommen, die nicht bedürftig sind oder die keine Zukunft haben oder wo es gelinde gesagt wirtschaftlich unvernünftig ist. Beispiel Bergbau. Er ist mit 3,1 Mrd. € Spitzenreiter der Empfänger. Es gehört schon zum Allgemeinwissen, dass es preiswerter wäre, Steinkohle aus Australien nach Deutschland zu transportieren, in unsere Bergwerke zu füllen und wieder rauszuholen, oder alle Kumpel mit der Pension eines Ministerialrates in Rente zu schicken.
2. wenn die Überregulierung nicht nur Nerven und Geld, sondern auch Wachstum und Arbeitsplätze kostet. Unser Paragraphen-Dschungel umfasst heute 6 000 Bundesgesetze und Rechtsverordnungen mit über 90 000 Einzelvorschriften. In Kanada braucht ein Existenzgründer zwei Tage und 280 Dollar. In Deutschland 90 Tage und 2 200 €. Würde man nur die Umsatzsteuervoranmeldung für Unternehmen von monatlicher auf vierteljährliche Pflicht umstellen, wären 12 Mill. Formulare überflüssig.
3. wenn der Arbeits»markt« in Deutschland von über 90 000 Beamten verwaltet wird. Das verbietet den Gebrauch des Wortes »Markt« ebenso wie die Tatsache, dass Angebot und Nachfrage von Arbeit ja nicht durch frei zu vereinbarende Preise (Löhne) geregelt werden. Arbeit in Deutschland wird erdrückt von einem kolossalen Berg bürokratischer Vorschriften, gesetzlicher Regelungen und sozialpartnerschaftlicher Bevormundungen. Der Arbeitsmarkt ist nach dem Urteil aller nationalen und internationalen Fachleute die »größte Schwachstelle« des Standortes Deutschland.

Das sind nur drei Beispiele für Dinge, die nicht marktwirtschaftlich sind. Noch drei andere Beispiele dafür, was in unsere real existierenden Marktwirtschaft nicht sozial ist: Es ist eben nicht sozial,

1. wenn in der Krankenversicherung immer höhere Beiträge für immer geringeren Leistungen gezahlt werden. Zwar ist die medizinische Versorgung ausreichend, aber trotz über 200 »Reförmchen« unseres Gesundheitssystems liegt Deutschland im WHO-Preis-Leistungsvergleich nur auf Rang 25.
2. wenn Kindergeld für Spitzenverdiener genauso hoch ist wie für Sozialhilfeempfänger.
3. wenn über 4 Mill. Menschen keine Erwerbstätigkeit ermöglicht wird! Die negativen Folgen der Arbeitslosigkeit für den einzelnen Menschen und für die Systeme der sozialen Sicherung – das ist das Unsozialste, was sich unsere Gesellschaft leistet!

Reformen der Sozialen Marktwirtschaft sind also dringend geboten. Höhere Einkommen, gesicherte Warenversorgung, mehr Sozialleistungen, mehr Bürokratie und mehr Schutzzäune haben nicht zu neuen Chancen und Freiheiten geführt, sondern drohen Leistungsbereitschaft und Eigenverantwortung zu ersticken.

Diese Reformen müssen berücksichtigen, dass sich unsere Gesellschaft gewandelt hat. Im Vergleich zu früheren Generationen genießen mehr Menschen eine umfassendere Bildung und Ausbildung. Mehr Menschen sind selbstständiger und anspruchsvoller. Weniger Menschen sind hilflos und schutzbedürftig. Die Lebenserfahrungen der Menschen sind andere, auch ihre sozialen Wertordnungen, ihre Informations-, Arbeits- und Freizeit-Maßstäbe.

Trotzdem versucht der Staat noch immer, gut gemeinte Gerechtigkeit zu perfektionieren. Gut gemeint aber ist oft das Gegenteil von gut gemacht.

Fast 50% Staatsquote, über 40% Abgabenquote und über 30% Sozialquote in Deutschland lähmt die Leistungsfähigkeit des Einzelnen und des Gemeinwesens. Umverteilungspolitik verhindert Wachstum und Wettbewerb und führt zur Subvention von Nichtbedürftigen und zur Ausbeutung von Leistungswilligen durch diejenigen Leistungsfähigen, die das für Schwache konzipierte System missbrauchen. Umverteilung ist vor allem dann sinnlos, wenn sie nicht auf die Beseitigung von Armut im engeren Sinne zielt.

Unsere real existierende Soziale Marktwirtschaft leistet für den sozialen Ausgleich nicht mehr das, was sie erarbeitet, sondern sie muss erbringen, was als Sozialstandard zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Wenn

dieses System auch noch Anreize schafft, die es dem Individuum einerseits erlauben, die Verantwortung auf den Staat abzuwälzen, andererseits aber verbieten, alle Früchte seines Erfolgs zu ernten, dann muss eine solchermaßen denaturierte Soziale Marktwirtschaft reformiert werden.

Wie kann das gelingen?

Grundsätzlich durch mehr Subsidiarität neben der notwendigen Solidarität: Der Staat oder die Gemeinschaft springen nur da ein, wo das Individuum es allein nicht schafft.

Grundsätzlich also durch Hilfe zur Selbsthilfe statt Bevormundung oder staatliches An-die-Hand-Nehmen. Mehr Eigeninitiative ist möglich in Deutschland, wenn sich jeder Einzelne wieder mehr auf die eigenen Stärken verlässt und weniger auf den Staat. Dazu aber müssen die Einzelnen, vor allem die schöpferischen Kräfte entlastet werden. Wovon im Einzelnen müssen wir entlastet werden?

1. Entlastet von Bürokratie und Vorschriften. Deregulierung ist die Aufgabe Nummer eins. Wir sind ein Staat von Verwaltungsangestellten geworden. Nichts gegen diese Berufsgruppe. Aber besser wäre ein Staat von unternehmerisch denkenden Menschen.
2. Entlastet durch eine tiefgreifende, nachhaltige Steuerreform. Die Menschen können ihr Geld viel besser selbst anlegen als eine anonyme Bürokratie.
3. Entlastet durch eine radikale Reform unserer nicht mehr zukunftsfähigen Sozialsysteme (Rente, Gesundheit, Pflege- und Arbeitslosenversicherung).
4. Entlastet durch die Entrümpelung des Arbeitsmarktes und des Arbeitsrechts
5. Entlastet durch eine Reform der Tarifpolitik, des Flächentarifvertrages und durch die Einführung des Günstigkeitsprinzips, das betriebliche Bündnisse für Beschäftigung aus der heutigen rechtlichen Grauzone herausholt.
6. Entlastet durch ein modernes Bildungssystem, dessen Qualität auch durch Wettbewerb und finanzielle Eigenverantwortung der Schulträger sowie durch Stärkung der Kernkompetenzen der jungen Menschen international wieder zur Spitze werden kann.

Nur durch radikale Reformen – das ist meine feste Überzeugung – können wir unsere Soziale Marktwirtschaft fit machen für die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam dafür sorgen, dass die Soziale Marktwirtschaft wieder »atmen« kann.

In einem Satz: Die Antriebsfunktion der Sozialen Marktwirtschaft soll erhalten bleiben, ihre Schutzfunktion erneuert und ihre Chancenfunktion ausgebaut werden.

Grundphänomene der Globalisierung

Die Welt wird kleiner. Die Abhängigkeit der Staaten voneinander war noch nie so groß wie heute. Das zeigt sich besonders im Bereich der natürlichen Rohstoffe, der Umwelt, vor allem der Klimaveränderung. In unserer weltweiten Schicksalsgemeinschaft machen die Probleme nicht an Grenzen hat. Deshalb sind wir darauf angewiesen, globale Lösungen zu suchen.

Globalisierung kann nicht verhindert werden. Sie findet statt, übrigens schon seit Jahrhunderten. Lediglich die Geschwindigkeit des Globalisierungsprozesses nimmt rapide zu. Globalisierung ist das Einreißen von Grenzen durch die weltweiten Informations-, Kommunikations- und Transportmöglichkeiten. Menschen, Waren und Dienstleistungen kennen fast keine Schranken mehr. Das hat sicher auch negative Konsequenzen, vor allem im Bereich des Terrorismus und der Kriminalität. Aber deshalb ist Globalisierung nicht per se negativ. Manche Kritik an der Weltwirtschaft ist berechtigt. Aber das, was kritisiert wird, hat oft ganz andere Gründe als die Globalisierung.

Wenn Menschen überall auf der Welt Freizeit und Urlaub verbringen können, ist das negativ? Wenn wissenschaftliche, technische und medizinische Erkenntnisse weltweit ausgetauscht werden, ist das negativ? Sicher nicht! Globalisierung reißt Ideologiegrenzen ein, Wissensmonopole von Funktionären, Meinungsmonopole von Medien. Deshalb auch sind Diktaturen, Eiserner Vorhang und Berliner Mauer Opfer ein und derselben Globalisierung. Es ist nicht die schlechteste Globalisierungsfolge, wenn das, was wir als humane und demokratische Werte schätzen, sich auf dem ganzen Globus verbreitet. Darüber hinaus behaupte ich: Mehr »Wohlstand für alle« kann es im Prinzip nur durch Globalisierung geben, in Industriestaaten wie in Entwicklungsländer.

Globalisierung erzeugt Anpassungsdruck. In armen und in reichen Ländern. Dieser Anpassungsdruck verursacht auch Schmerzen. Aber die sind unvermeidlich, wenn aus alten Strukturen die Basis für zukunftsfähige neue Strukturen geschaffen werden soll. Die Industrieländer müssen alte Landwirtschafts- und Industriearbeitsplätze opfern. Zum größten Kapital werden die klugen Köpfe. Das ist der Wandel zur Wissensgesellschaft. Wenn solche Länder aber qualitätsgleiche Produkte, z.B. Unterhaltungs- und Kommunikations-Elektronik preiswerter importieren können, werden Milliarden z.B. für eine neue Bildungsgesellschaft freigesetzt. Die Entwicklungsländer können die preiswerteren Produktionskapazitäten ihrer menschliche Arbeitskraft nutzen. Fleißige Hände werden zu ihrem größten Kapital. Beispiel dafür ist der Pacific Rim. Dort haben sich die Tiger-Staaten in wenigen Dekaden von den primitivsten Naturalwirtschaften zu effizienten Industriestaaten mit erstaunlichem Wohlstand entwickelt. Daran hat die Finanzkrise vor fünf Jahren grundsätzlich nichts geän-

dert. Die fernöstliche Finanzkrise mag von Spekulationen ausgelöst worden sein – ihre Ursache waren überbewertete Währungen und nationalökonomische Fehler.

Es gibt leider auch ein Gegenbeispiel: Ganz schwarz sieht es in Afrika aus. Aber das hat innenpolitische Gründe: Korruption, mangelnde Strukturen, Aids. Gerade in diesen Tagen hat die UN einen schockierenden Befund veröffentlicht: Die Arbeitsproduktion z.B. in Sambia und Botswana ist wegen Aids um 50% zurückgegangen. Die landwirtschaftliche Produktion ist schwer beeinträchtigt, weil in den letzten Jahren 7 Mill. Bauern der Aids-Epidemie zum Opfer gefallen sind. Aids in Afrika trifft alle Bevölkerungsschichten. Südlich der Sahara sinkt deshalb das Wirtschaftswachstum um jährlich etwa 4%. Schuld daran ist aber nicht die Globalisierung. Im Gegenteil: Dieser Kontinent leidet auch daran, dass die Globalisierung weitgehend an ihm vorbeigeht. Wenn sich Länder abschotten von der Globalisierung, dann verspielen sie ihre Chancen.

Globalisierung hat auch negative Begleiterscheinungen. Zum Beispiel wird unsere globale Schicksalsgemeinschaft auf dramatische Weise auch deutlich durch den weltweiten Terror. Terrorismus gibt es ja nicht nur im Nahen Osten. Es gab und gibt ihn in Süd- und Mittelamerika, In Asien und auch in Europa, siehe z.B. IRA und ETA. Die Wurzeln hierfür – und das ist keinerlei Rechtfertigungsversuch – liegen in den Spannungen zwischen Arm und Reich, aber auch in verblendetem Werte-Fanatismus und in Ungleichheit, sehr oft darin, wie Mehrheiten mit Minderheiten umgehen.

Wir haben keine Alternative dazu, unseren Wohlstand zu teilen. Tun wir es nicht freiwillig, werden es die Ärmere einfordern. Sie sind weniger armutstolerant als früher. Denn sie können – auch das eine Folge der Globalisierung – unseren Wohlstand fast überall auf der Welt täglich im Fernsehen bestaunen. Und sie haben – wenn allein gelassen – nur drei Möglichkeiten, Anschluss an den westlichen Standard zu finden:

- Industrialisierung nach alten Rezepten,
- Völkerwanderung auf den alten Kontinent,
- Krieg und Terror, um Wohlstandstransfer zu erzwingen.

Keine dieser Möglichkeiten kann toleriert werden, denn diese Maßnahmen würden unseren Globus ökologisch und ökonomisch aus dem Gleichgewicht bringen. Die Konsequenz ist: Wir müssen selbst für Gleichgewicht sorgen. Der G-8-Gipfel in Kanada hat diese Woche einen ersten Versuch dazu gestartet. Wenn also Globalisierung, wie erläutert, ein Wohlstandsgewinn für Industrieländer wie für Entwicklungsländer sein kann, dann lautet die Gretchen-Frage: Schaffen wir es, die Soziale Marktwirtschaft global zu verbreiten und zu verankern, oder lassen wir es zu, dass sich ein Turbokapitalismus weltweit austoben kann?

Ist die Soziale Marktwirtschaft ein globales Vorbild?

Zunächst ist die Antwort einfach: Ja. Wenn man sieht, welchen Wohlfahrtsgewinn die Soziale Marktwirtschaft seit 50 Jahren in Deutschland geschaffen hat, liegt es nahe, dass das in anderen Ländern auch funktionieren kann. Allerdings nicht mit der bei uns denaturierten Form. Erst wenn unsere real existierende Soziale Marktwirtschaft reformiert worden ist, kann sie ein Exportschlager werden. Wenn das nicht geschieht, machen wir den selben Fehler wie bei der deutschen Wiedervereinigung, wo wir die große Chance verpasst haben, unser bundesdeutsches Gemeinwesen zu reformieren: Wir setzen ein nicht mehr sehr gut funktionierendes System auf ein noch untauglicheres System drauf.

Ich möchte die Frage nach der globalen Übertragbarkeit auf zwei Bereiche beziehen: Kann die Soziale Marktwirtschaft ein Modell für andere Nationalstaaten sein? Und kann sie Modell für die weltweite Kooperation der Staaten sein? Die Antwort »Ja« wird durch zwei Themen eingeschränkt: 1. »Westliche Werte« und 2. »Vorhandene Strukturen«.

Zu 1.: Wir dürfen anderen Ländern die Soziale Marktwirtschaft nicht mit der Vorbedingung einer gleichzeitigen Übernahme aller westlicher Wertvorstellungen oktroyieren. Sonst wären wir in aller Welt »Besser-Wessis«. Beispielsweise wird das System der Sozialen Marktwirtschaft in islamischen oder buddhistischen Kulturen anders adaptiert werden als in christlichen. Und beispielsweise wird der Wert der Arbeit und der Wert des Einkommens in unterschiedlichen Regionen der Welt auch unterschiedlich gewertet. Kinderarbeit z.B. ist für uns undenkbar. Für andere kann der Verzicht auf Kinderarbeit zur Vernichtung der Existenz führen. Wer dabei den moralischen Zeigefinger hebt, riskiert die Wettbewerbsfähigkeit derer, die er zu schützen meint.

Zu 2.: Vorhandene Strukturen. In Ländern ohne demokratische Tradition, ohne Bildungssysteme und ohne Ordnungspolitik trifft Soziale Marktwirtschaft auf ein institutionelles Vakuum. Hier hängt der Übergang zu unserem Wirtschaftssystem vom Timing ab. Wie schwer die Teilnahme am Welthandel und die Verankerung der Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft sein kann, wird an den Beispielen Russland und China deutlich.

In Russland leiden Staat und Wirtschaft an einer Unordnungspolitik. Zwar wurde 1991 die Planwirtschaft offiziell beendet. Aber Banken, Kapitalmärkte, Wirtschaftsrecht und vor allem die Mentalität entwickeln sich nur langsam, Reformen greifen nur zögerlich. Die politische Führungsschicht hat ihre Aufgabe darin gesehen, auf der Grundlage eines Obrigkeitsstaates zwar wirtschaftlich-soziale Reformen voran zu bringen, aber den demokratischen Reifungsprozess nicht gleich schnell geschehen zu lassen. Die Folge: Wirtschaftliches Desaster. Zwischen 1990 und 1997

schrumpfte das reale Bruttoinlandsprodukt um rund 40 %, der Export ist gesunken statt zu steigen (1997: – 2%).

Ganz anders China, das seinem ehrgeizigen Ziel aus dem Jahr 1978 sehr nahe gekommen ist, bis zum Jahr 2000 ein moderner Industriestaat zu sein. Die Devise »sozialistische Marktwirtschaft« schloss Elemente der Privatwirtschaft ein. Gab es 1978 gerade mal 300 000 private Unternehmen, waren es 20 Jahre später knapp 33 Millionen. Der Export stieg zwischen 1990 und 1997 von 15 auf 23%, der Import von 12 auf 18%. Konsequenz: In sieben Jahren erlebte China dank seiner Boomregionen ein Wirtschaftswachstum von 10,3 %! Die Wirtschaft legt ein derartiges Tempo vor, dass sie bald auch zum Vorreiter für politische und gesellschaftliche Reformen werden kann. Die Hoffnung heißt: Über die Marktwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft. Jedenfalls gilt bisher: Markt statt Mao ist in China ein eindeutiges Erfolgsrezept, jedenfalls in den meisten Regionen.

Was lernen wir aus den unterschiedlichen Beispielen? Beim Systemwechsel hin zu einer Sozialen Marktwirtschaft sind Geduld und Beharrlichkeit gefragt. Das System muss die Chance bekommen zu reifen und zu wachsen. Schritt für Schritt, das ist der richtige Weg. So gesteuert kann Soziale Marktwirtschaft zur Erfolgsstory werden. Und sie hat die Möglichkeit, ohne Zwang zum Vehikel für Freiheit und Demokratie zu werden.

Kann die Soziale Marktwirtschaft auch Grundlage für das supranationale Zusammenwirken der Staaten sein? Klar ist: Globalisierung braucht globale Regeln. Ein internationales »fair play« kann die politischen und wirtschaftlichen Risiken der Globalisierung minimieren. Risiken sind, neben dem bereits erwähnten Wahnsinn des Terrorismus und neben internationaler Kriminalität zum Beispiel globale Kartelle. Und vor allem die Globalisierungsgegner sehen durch Finanzspekulationen ganze Länder sozial und politisch destabilisiert. Wenn kritisiert wird, dass angeblich 90% der täglich um die Welt zirkulierenden Gelder heute nichts mehr mit der Warenwirtschaft zu tun haben, dass 2 Bill. € täglich angeblich aus spekulativen Gründen den virtuellen Ort wechseln, dann muss man einwenden, dass vieles nichts mit Spekulation zu tun hat, sondern eher mit marktwirtschaftlichem Ausgleich von Zinsen und Finanzmärkten.

Trotzdem gibt es genügend Anlass, Globalisierungsgegner nicht pauschal in eine extremistische Ecke zu stellen. Vorausgesetzt, sie halten Gewalttäter fern. Die gesellschaftspolitische Verantwortung von Politikern und Wirtschaftsführern gebietet es, die Argumente von kritischen aber vernünftigen Geistern auf das richtige Körnchen Wahrheit abzuklopfen. Die Kanadier haben das auf dem G-8-Gipfel getan. DaimlerChrysler tut es. Viele weltweit tätige Unternehmen tun es mit dem »global compact« der UN. Und wir, die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, wir

werden es auch tun. Wer die Chancen der Globalisierung für eine nachhaltige Entwicklung nutzen will, darf das Aktionsfeld des weltweiten Medienspektakels nicht jenen überlassen, die durch eine Überbewertung der Risiken die Chancen für Alle verspielen. Wer den Menschen die Angst vor der Globalisierung nehmen will, muss sie mitnehmen auf den »globalen Trip«. Dazu gehört ein Dialog auch mit kritischen Köpfen, und dazu gehört, auch die Herzen der Menschen zu gewinnen.

Es ist nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern auch ein Gebot der Vernunft, den Entwicklungsländern einen fairen Leistungswettbewerb auf dem Weltmarkt zu ermöglichen. Sie müssen die Anpassungsmöglichkeiten nutzen dürfen, die in einer Sozialen Marktwirtschaft immer geboten werden. Deshalb müssen sich die Industrieländer öffnen. Ganz konkret. Zum Beispiel für Textilien und Agrarprodukte. Diesem Ziel dient die Erhöhung der Agrarsubventionen in den USA um 70% auf 180 Mrd. Dollar nicht, abgesehen davon, dass das ein eklatanter Verstoß gegen die Doha-Vereinbarungen ist. Das Unternehmen Globalisierung kann nur gerecht gelingen, wenn unter der Aufsicht durchsetzungsfähiger Schiedsrichter anerkannten Regeln folgt.

Um solche Regeln durchzusetzen, brauchen wir nicht gleich eine »Weltregierung«, aber doch einige verlässliche Vereinbarungen wie z.B. das Kyoto-Protokoll und starke internationale Organisationen. Die Bestehenden, wie die Welthandelsorganisation WTO, Weltbank und Weltwährungsfonds, setzen bereits in vielen Bereichen einen verlässlichen Rahmen. Ihre demokratische Verfasstheit muss aber gestärkt werden, um ihren Kritikern zu begegnen und eine breite Anerkennung auch in den Entwicklungsländern zu finden. Mir scheint eine internationale Finanzmarktordnung ebenso nötig wie internationale Regeln zur Fusionskontrolle. An einem »Welt«-Kartellamt führt wohl auf lange Sicht nichts vorbei, ebenso wenig an einer Insolvenzordnung für Staaten.

Sicher braucht internationale Ordnungspolitik auch Arbeits-, Umwelt- und Sozialchartas. Aber Vorsicht, die Frage hier muss immer lauten: cui bono – wem nutzt es? Diese Frage hatte ich schon beim Beispiel Kinderarbeit angeschnitten. Eine weltweite Harmonisierung solcher Standards (auf welchem Niveau?) müsste das unterschiedliche Niveau von Produktivität und Einkommen berücksichtigen. Sonst missrät sie zum Schutz der reichen vor den armen Ländern.

Wirtschaftspolitik ist entgegen einer weit verbreiteten Auffassung keine Spezialveranstaltung nur für Unternehmer und Manager. Wirtschaftspolitik ist vielmehr eine Politik für die Mehrung eines breiten Volkswohlstandes. Also eine Veranstaltung für alle. Und deshalb wird sich die Wirtschaft – jedenfalls die bayerische – mit großem Ernst auch mit den Fragen beschäftigen, die alle bewegen, und sie wird versuchen, Antworten zu finden und ihren Teil zu Lösungen

zu erbringen. Als positives Beispiel nenne ich nur die Selbstverpflichtung der Wirtschaft im Rahmen des Kyoto-Protokolls, einen sehr großen Teil zur CO₂-Reduktion beizutragen. Wir wollen mithelfen, eine internationale Ordnungspolitik verbindlich für alle zu verankern. Denn dann ist Globalisierung kein Nullsummenspiel, bei dem man nur gewinnen kann, wenn andere verlieren. Und dann bietet Globalisierung auch die einmalige Chance auf »Wohlstand für Alle«.



Henning Klodt*

Ist die Globalisierung unsozial? Antworten auf ATTAC

Weltweit formiert sich die Kritik an den sozialen Folgen der Globalisierung. Ist diese Kritik berechtigt? Gibt es Alternativen? Die Führungsrolle in der Protestbewegung wird immer mehr von ATTAC übernommen. Wer sich mit den Argumenten der Globalisierungsgegner auseinandersetzen will, kommt an den Thesen dieser Organisation nicht vorbei.

Gegründet in Frankreich im Jahre 1998, war ATTAC zunächst nicht mehr als eine Gruppe von Globalisierungsgegnern unter vielen, bis die Mitgliederzahlen im Gefolge der Ereignisse beim G-8-Gipfel von Genua im Sommer 2001 schubartig stiegen. Allein in Deutschland zählt ATTAC derzeit rund 8000 Mitglieder, die mit anderen Mitgliedern in aller Welt via Internet und E-Mail vernetzt sind. So haben die modernen Informationstechnologien nicht nur die Globalisierung, sondern auch ATTAC erst möglich gemacht.

Es ist beachtlich, wie ATTAC es geschafft hat, nicht nur ein weltumspannendes Netzwerk aufzubauen, sondern sich dabei auch auf eine Reihe konkreter Kernaussagen zu verständigen, die als Diskussionsgrundlage dienen können (www.attac-netzwerk.de). Beachtlich sind allerdings auch die Irrtümer, die in diesen Kernaussagen stecken.

Irrtum 1: Die Globalisierung ist von politischen Kräften ausgelöst und vorangetrieben worden und kann deshalb auch durch politische Kräfte wieder zurückgedrängt werden. Tatsächlich stellt die Verbreitung moderner Informationstechnologien die zentrale Triebkraft der Globalisierung dar, und es wäre nicht nur ineffizient, sondern auch illusorisch, das Rad der technologischen Entwicklung zurückdrehen zu wollen. Zwar haben daneben auch politische Entwicklungen die Globalisierung getrieben, allen voran der Fall des Eisernen Vorhangs und die daraus resultierende Integration ehe-

mals kommunistischer Länder in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Doch auch diese Entwicklung ist mit politischen Kräften nicht umzukehren – zum Glück.

Irrtum 2: Die Globalisierung macht die Reichen reicher und die Armen ärmer. Tatsächlich haben sich Ungleichheit und Armut in der Welt in den vergangenen Jahrzehnten nicht vergrößert, sondern verringert. Allein schon die Aufholprozesse in China und Indien, wo insgesamt 38% der Weltbevölkerung leben, haben zu einer kräftigen Konvergenz zwischen Arm und Reich in der Weltwirtschaft geführt (Sala-i-Martin 2002). Die Erfolgsgeschichte dieser beiden Länder ist auch eine Erfolgsgeschichte der Globalisierung. Auch die absolute Armut in der Welt geht deutlich zurück. Während 1970 noch 41% der Weltbevölkerung mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 2 US-\$ pro Tag (zu Preisen von 1985) auskommen mussten, sind es heute nur noch 19%. Dies sind aus sozialer Sicht sicherlich immer noch viel zu viele, aber ohne die Globalisierung hätte sich die weltweite Armutsrate kaum so stark verringern lassen.

Irrtum 3: Ländern, die sich gegenüber der Globalisierung öffnen, geht es wirtschaftlich schlechter als Ländern, die sich auf die interne Wirtschaftsentwicklung konzentrieren. Tatsächlich ist, wie eine neuere Studie der Weltbank zeigt, das Gegenteil richtig (Dollar und Kraay 2001). Die Autoren, David Dollar und Aart Kraay, unterteilen eine Gruppe von 72 Entwicklungsländern, für die Daten verfügbar sind, in 24 Globalisierer und 48 Nicht-Globalisierer und errechnen, dass sich seit den siebziger Jahren das Wachstum der Globalisierer kontinuierlich beschleunigt, das der Nicht-Globalisierer dagegen verlangsamt hat. Im Durchschnitt der neunziger Jahre stieg das Pro-Kopf-Einkommen der Globalisierer um jährlich 5%, das der Nicht-Globalisierer um weniger als 2%. Bei der Entwicklung der Einkommensunterschiede innerhalb der jeweiligen Länder konnten sie dagegen keine Unterschiede zwischen den beiden Ländergruppen feststellen. Zusammengefasst bedeuten diese beiden Beobachtungen, dass die Globalisierung die Armut in der Welt spürbar verringert.

Irrtum 4: Die Globalisierung lässt die Arbeitslosigkeit in Industrieländern unaufhaltsam steigen. Diese These mag insbesondere in Deutschland, wo der Anstieg der Arbeitslosigkeit tatsächlich unaufhaltsam zu sein scheint, einleuchtend erscheinen, gleichwohl ist sie falsch. Seit nunmehr einem Jahrzehnt wird unter dem Schlagwort »Trade and Wages« intensiv darüber geforscht, ob Billigimporte aus Niedriglohnländern und kosteninduzierte Direktinvestitionen die hohe Arbeitslosigkeit unter Geringqualifizierten erklären können, doch die Antwort lautet eindeutig nein (vgl. z.B. Heitger, Schrader und Stehn 1999). Das quantitative Gewicht der Niedriglohnländer an den Waren- und Direktinvestitionsströmen ist dafür viel zu gering, und die Spezialisierungsmuster in der internationalen Arbeitsteilung sind zu dif-

* Prof. Dr. Henning Klodt leitet die Abteilung »Wachstum, Strukturwandel und Internationale Arbeitsteilung« am Institut für Weltwirtschaft in Kiel.

ferenziert. Überdies fällt es schwer, mit dieser These die Arbeitsmarkterfolge der USA, Großbritanniens, Irlands, der Niederlande, der Schweiz oder Dänemarks zu begründen, denn diese Länder konnten ihre Arbeitslosigkeit in den vergangenen zehn Jahren spürbar verringern, ohne sich gegen die Globalisierung abzusichern. Wer die heimische Beschäftigungsmisere wirksam bekämpfen will, sollte auf die Flexibilität der Arbeitsmärkte und andere Rahmenbedingungen schauen und nicht der Globalisierung die Schuld in die Schuhe schieben.

Irrtum 5: Die Welthandelsorganisation (WTO) ist eine Veranstaltung der reichen Länder und fügt den armen Ländern nur Schaden zu. Dieser Irrtum liegt dicht bei Irrtum 3. Tatsächlich haben die Handelsliberalisierungen im Rahmen des GATT und der WTO vielen ärmeren Ländern überhaupt erst die Möglichkeit eröffnet, an der internationalen Arbeitsteilung teilzunehmen und damit der Armut zu entkommen. Besondere Nutznießer waren die fernöstlichen Länder, die teilweise aus bitterster Armut kamen und heute auf bestem Wege sind, manche alten Industrieländer im Einkommensniveau zu überflügeln. Auch der Eindruck, die WTO diene vorrangig der Öffnung der Märkte in der Dritten Welt für den Export aus Industrieländern, ist falsch. Den stärksten Abbau von Handelsschranken gab es in den vergangenen Jahrzehnten in Industrieländern und nicht in Entwicklungsländern. Heute liegen die Zollschränken der Industrieländer bei 3%, die der Entwicklungsländer dagegen bei 15% (Bhagwati 2002). Sicherlich ist auf diesem Weg noch viel zu tun, denn insbesondere der Agrarprotektionismus und das Welttextilabkommen behindern die Dritte Welt in ihrer Entwicklung, da ihre Exporte stranguliert werden. Fortschritte auf diesem Weg sind aber nur mit der WTO und nicht gegen sie zu erzielen.

Irrtum 6: Die Tobin-Steuer ist ein geeignetes Instrument zur Bekämpfung internationaler Finanzkrisen. Die ursprünglich von James Tobin (1978) vorgeschlagene Steuer auf internationale Finanztransaktionen war namensgebend für ATTAC (association pour une taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens) und steht deshalb ganz oben auf ihrer Agenda. Richtig ist sicherlich, dass Finanzkrisen durch schubartige massive Finanzströme ausgelöst werden und dass eine solche Steuer die internationalen Finanzströme (zumindest marginal) verringern würde. Wer derartige Krisen wirksam bekämpfen will, sollte allerdings ihre Entstehungsursachen nicht aus den Augen verlieren. Die Details variieren, doch das Grundmuster ist immer gleich: Länder mit guten Renditeaussichten ziehen internationale Kapitalströme an, und zwar oftmals auch dann noch, wenn die wirklich rentablen Projekte finanziert und den Investoren nur noch unsichere oder gar dubiose Projekte verbleiben. Wenn sich die Fehlschläge häufen, kippen die Erwartungen, jeder will möglichst schnell sein Kapital retten, und die Währung des Ziellandes stürzt – mit oder ohne internationale Beistands-

kredite – ins Bodenlose. Die Investoren fragen nun nicht mehr nach möglichen Tobin-Steuern im Promillebereich, sondern ergreifen Hals über Kopf die Flucht, um sich vor Totalverlusten zu schützen (vgl. z.B. Dornbusch 2000). In einer solchen Situation müsste eine Tobin-Steuer nahe an 100% heranreichen, um die Finanzkrise des betroffenen Landes überhaupt noch abwenden zu können. Fazit: Die Tobin-Steuer verursacht in ruhigen Zeiten Fehlallokationen in der Verteilung des Weltkapitalbestandes und ist in stürmischen Zeiten völlig wirkungslos. Sie ist damit ungeeignet zur Bekämpfung internationaler Finanzkrisen und sollte von der Agenda der internationalen Politikkoordination gestrichen werden.

Wenn in dem Forderungskatalog von ATTAC so viele Irrtümer liegen, dann bleibt die Frage, weshalb diese Organisation einen so großen Zulauf hat. Ist wirtschaftlicher Sachverstand wirklich so rar?

Zunächst einmal ist die Struktur von ATTAC viel zu heterogen, um die Motive ihrer Mitglieder mit einfachen Mustern erklären zu können. ATTAC ist ein Sammelbecken für die unterschiedlichsten Gruppen. Einerseits zieht es die idealistische Jugend an, andererseits dominiert in den Ortsgruppenversammlungen eher das graue Haupthaar. Wie Genua und Göteborg gezeigt hat, zieht ATTAC manche gewaltbereite Demonstranten an, aber die große Mehrheit der Mitglieder steht loyal hinter dem offiziell verkündeten Gewaltverzicht. Die Globalisierungskritik von ATTAC dient sicherlich manchem als Ersatz für die Kapitalismuskritik aus der Zeit des kalten Krieges, aber wer die Mehrheit der ATTAC-Mitglieder als Antikapitalisten in neuem Gewande versteht, macht es sich entschieden zu leicht.

Trotzdem haben all diese Gruppen etwas gemeinsam. Der Grundtenor aller Dokumente und Erklärungen von ATTAC liegt im Misstrauen gegen den Markt. Trotz der weltweiten Verbreitung der Marktwirtschaft ist dieses Unbehagen – wie empirisch immer wieder nachgewiesen – in der Bevölkerung weit verbreitet (vgl. z.B. Frey und Pommerehne 1988). Der Markt gilt als effizient, aber als kalt und herzlos. Die Sehnsucht nach sozialer Wärme führt in der Praxis (z.B. in der Sozialversicherung) immer wieder dazu, dass nicht-marktwirtschaftliche Lösungen von Gesellschaft und Politik auch dann bevorzugt werden, wenn sie mit unübersehbaren Nachteilen auch für jene einhergehen, die eigentlich vor dem rauen Wind des Marktes geschützt werden sollten.

Dieses Muster lässt sich direkt übertragen auf die Positionen von ATTAC. Das Misstrauen gegen die Globalisierung ist eine spezielle Form der Misstrauens gegen den Markt. Und das soziale Engagement für die Dritte Welt ist gut gemeint, aber nicht gut. Wenn es wirklich gelingen sollte, die Globalisierung in die Schranken zu weisen, würden die Entwicklungsländer nicht nur vor den rauen Marktkräften geschützt, sondern auch ernsthaft in ihrem Streben nach wirt-

schaftlicher Entwicklung und Bekämpfung von Hunger und Armut behindert. Hier sind offene Diskussion und Aufklärung gefordert, um der breiten Öffentlichkeit immer wieder zu verdeutlichen, dass Markt und Wettbewerb Wachstum und Wohlstand schaffen, und zwar nicht nur für die Reichen, sondern über alle Länder- und Bevölkerungsgruppen hinweg. Diese materiellen Grundlagen machen das von ATTAC eingeforderte soziale Engagement – national wie international – überhaupt erst möglich.

Doch all dies reicht kaum aus, um die Popularität von ATTAC vollständig zu erklären. ATTAC gibt zwar die falschen Antworten, stellt aber oftmals die richtigen Fragen – Fragen, die viele Menschen bewegen und auf die die Politik eine Antwort finden muss. Dies gilt auch und gerade für die Frage nach einer globalen Ordnungspolitik.

So ist die Tobin-Steuer sicherlich ein untaugliches Instrument, aber die Notwendigkeit einer verbesserten Vorbeugung und Bekämpfung internationaler Finanzkrisen ist unübersehbar. Unmittelbar nach den Finanzkrisen Südostasiens waren Politik und Fachwelt einig wie nie, dass dringend eine neue internationale Finanzarchitektur geschaffen werden müsse, doch geschehen ist bisher wenig.

Auch die Frontstellung gegenüber der WTO ist kontraproduktiv, aber die internationale Handelsordnung ist ohne Zweifel verbesserungsfähig. Auf Protektionismus bei Agrar und Textil wurde bereits hingewiesen. ATTAC kritisiert darüber hinaus den weitreichenden Schutz geistiger Eigentumsrechte im TRIPS-Abkommen der WTO (trade related intellectual property). Im Zentrum der Kritik steht der Patentschutz für pflanzliche Genstrukturen und medizinische Heilverfahren, und das nicht ohne Grund. Wenn sich beispielsweise ein US-Konzern den Gencode von Basmati-Reis patentieren lässt, dann wird dadurch zwar nicht der traditionelle indische Reisbauer lizenzpflichtig, aber die Möglichkeiten indischer Unternehmen, mit ihrem Saatgut auf die Weltmärkte vorzudringen, werden beschränkt. Und wenn es einem internationalen Pharmakonzern gelingt, die Wirkstoffe chinesischer Heilverfahren zu isolieren, dann bleibt die traditionelle Medizin in China davon unberührt, aber künftige Exportchancen chinesischer Firmen werden möglicherweise verbaut. Es sollte nach Lösungen gesucht werden, die einerseits die Forschungsanreize internationaler Konzerne nicht beeinträchtigen, andererseits aber die Entwicklungsländer nicht daran hindern, für ihre traditionellen Produkte weltweite Exportpotentiale zu erschließen.

Auch der ATTAC-Ruf nach internationalen Regeln für den Wettbewerb erscheint berechtigt angesichts der Welle internationaler Megafusionen und der zunehmenden Schwierigkeit, internationale wettbewerbspolitische Konflikte durch extraterritoriale Anwendung nationalen Rechts zu lösen (Klodt 2001). Dies entspricht auch der Zielsetzung der EU, die es

allerdings nicht geschafft hat, die TRAPs (trade related antitrust principles) zu einem zentralen Verhandlungsgegenstand der Doha-Runde der WTO zu machen.

Erstaunen muss, dass der internationale Klimaschutz auf der Agenda von ATTAC nur eine untergeordnete Rolle spielt. Dies mag der Produktdifferenzierung gegenüber anderen nationalen und internationalen Bürgerbewegungen dienen, wird der Sache aber nicht gerecht. Der Klimaschutz gehört zu den größten und drängendsten Aufgaben einer globalen Ordnungspolitik, die trotz des Kyoto-Protokolls und anderer Abkommen nach wie vor weit von ihrem Ziel entfernt ist.

Viele Fragen, die ATTAC aufwirft, harren der Lösung. Wie taugliche Lösungen konkret aussehen könnten, ist zu diskutieren, aber das Zurückdrängen der Globalisierung gehört sicher nicht dazu. Sicher ist auch, dass eine verbesserte globale Ordnung nicht gegen die WTO, nicht gegen Währungsfonds und Weltbank erreicht werden kann, sondern nur mit ihnen. Hier liegt der vielleicht folgenschwerste Irrtum von ATTAC.

Literatur

- Bhagwati, J. (2002), »The Public Perception of Globalization«, in: H. Siebert (Hrsg.), *Global Governance – An Architecture for the World Economy*, Kiel Week Conference 2002, Berlin, Heidelberg (in Vorbereitung).
- Dollar, D. und A. Kraay (2001), *Trade, Growth, and Poverty*, The World Bank, Policy Research Working Paper 2615, Washington, D.C.
- Dornbusch, R. (2000), »Emerging Market Crises: Origins and Remedies«, in: P.B. Kenen, *Reforming the International Monetary and Financial System*, Washington, D.C., 148–154.
- Frey, B.S. und W.W. Pommerehne (1988), »Für wie fair gilt der Markt?«, *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik* 33, 223–237.
- Heitger, B., K. Schrader und J. Stehn (1999), *Handel, Technologie und Beschäftigung*, Kieler Studien 298, Tübingen.
- Klodt, H. (2001), »Conflicts and Conflict Resolution in International Antitrust: Do We Need International Competition Rules?«, *The World Economy* 24 (7), 877–888.
- Sala-i-Martin (2002), »The World Distribution of Income«, NBER Working Papers 8933, Cambridge, MA.
- Tobin, J. (1978), »A Proposal for International Monetary Reform«, *Eastern Economic Journal* 4 (3/4): 153–159.



Eberhard von Koerber*

Unternehmerisches Handeln in einer globalisierten Welt: Die ganzheitliche Verantwortung der Unternehmen

Die Soziale Marktwirtschaft wird oft, vor allem im Ausland, als das Deutsche Wiederaufbau Modell verstanden, um die Kasino-Seite des Kapitalismus und die zerstörerische Kraft des Wettbewerbs im Zaum zu halten. Im Kern ist sie wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm und makroökonomisches Konzept, in dessen Zentrum der Staat des Grundgesetzes steht, der Rahmenbedingungen setzt, um die Kräfte der Selbstregulierung zu stärken und alle am Wirtschaftsleben Beteiligten auf die Beachtung sozialer und mittlerweile auch ökologischer Erfordernisse zu verpflichten.

Wie ist es heute um dieses System bestellt, wo besteht Erneuerungsbedarf, und wo liegen seine Grenzen? Die freie Wirtschaft ist die tragende Säule der Sozialen Marktwirtschaft. Gegenwärtig erlebt der private Sektor, ausgehend von den USA, jedoch eine tiefe Vertrauenskrise. Deshalb möchte ich mich zuerst diesem Phänomen zuwenden:

Wir dürfen uns nicht wundern, wenn das Vertrauen in die wirtschaftlichen Verantwortungsträger in der Öffentlichkeit erodiert. Zu viele Fälle von persönlicher Habgier und hemmungsloser Bereicherung des Top Managements haben uns in letzter Zeit erreicht. Die scheinbar grenzenlose Abzockermentalität von Managern hat die Öffentlichkeit provoziert, umso mehr, als gleichzeitig durch Kurszerfall Milliarden an Anlegervermögen vernichtet wurden. Auch wer glaubte, wenn schon Menschen geldgierig seien, so sei wenigstens auf testierte Zahlen Verlass, sieht sich getäuscht. Über die vielfältigen Verstrickungen und Abhängigkeiten der großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften haben wir viel

hören und lesen müssen. Auch wenn die schlimmsten Nachrichten mit Enron, Worldcom oder Xerox aus den USA stammen, so erlebte auch Deutschland mit FlowTex oder KPMG Skandale in dreistelliger Millionenhöhe. Ein Ende ist noch nicht abzusehen.

Die Spielregeln scheinen zu lax, und vor allem sind die Sanktionen im Falle eines Regelverstoßes zu wenig schmerzhaft. Bußen reichen wohl nicht mehr aus, um alle Verantwortungsträger zum Einhalten der Regeln zu bewegen, zumal solche Bußen meist von den Unternehmen übernommen werden. Ein Blick in die USA zeigt, dass strafrechtliche Konsequenzen für individuelle Manager, wie diese in den USA in Kartellverfahren der Fall sind, sehr effektiv wirken. Gefängnisstrafen kann nicht die Firma übernehmen.

Doch gesetzliche Regeln und deren Sanktionierung können nur die eine Seite sein. Wichtiger noch ist, dass die Kontrollsysteme in den Unternehmen offensichtlich nicht mehr greifen. Hier stellen wir fest, dass die Aufsichtsräte in zu vielen Fällen versagt haben. Ein Grund dafür liegt sicherlich darin, dass diesen häufig die notwendige Unabhängigkeit vom zu beaufsichtigenden Unternehmen fehlt. Eine weitere Frage stellt sich in Deutschland mit Blick auf die paritätische Unternehmensmitbestimmung. Die Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsräten sind in erster Linie durch ihren gewerkschaftlichen Hintergrund legitimiert – ob dies wirklich zur ›Aufsicht‹ befähigt, lasse ich dahingestellt. Es liegt jedenfalls im direkten Interesse der Arbeitnehmervertreter, den Unternehmenserfolg so hoch wie möglich darzustellen, um für die folgenden Tarifrunden das zu Verteilende möglichst hoch anzusetzen. Darin stimmen die Interessen der Arbeitnehmervertreter überein mit denen des Managements, das über Stock Options ebenfalls ermutigt wird, möglichst viel Unternehmenserfolg auszuweisen. Und hier eben versagen die Kontrollen: Statt den Unternehmenserfolg langfristig zu sichern und auszubauen, wirken die Anreize dahin, ihn kurzfristig künstlich in die Höhe zu optimieren. Die neuen internationalen Rechnungslegungsvorschriften IAS wirken im Gegensatz zu den konservativen Regeln zum Gewinnausweis des guten alten HGB in die gleiche gefährliche Richtung.

»Der nach vielen Jahren abtretende Vorsitzende des Vorstandes übernimmt den Vorsitz des Aufsichtsrates«: Das lesen wir häufig im Wirtschaftsteil, es handelt sich um eine schlechte Praxis. Die Forderung nach größerer Unabhängigkeit der Aufsichtsräte von Unternehmen und nach der Absicherung, frei von Interessenkonflikten beaufsichtigen zu können, ist eine der zentralen Forderungen für verbesserte Corporate Governance in den USA. Diese Diskussion wird auch in Europa und speziell in Deutschland nicht lange auf sich warten lassen.

Für den Moment bleibt festzuhalten, dass wir in dieser Debatte in den USA, stärker noch in Europa und insbesondere

* Dr. Eberhard von Koerber ist Vizepräsident des Club of Rome und Stellvertretender Vorsitzender des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik, Zürich.

re auch in Deutschland erst am Anfang stehen, trotz der in Deutschland neu entwickelten Grundsätze zur Corporate Governance. Konsequenterweise müssen die Checks and Balances in den Unternehmen ausgebaut und die Über-Kreuz-Abhängigkeiten beseitigt werden. Bei der Umsetzung bleibt hier noch viel zu tun, sowohl für die Politik, die die gesetzlichen Leitplanken enger ziehen und klarer sanktionieren muss, als auch für die Unternehmen selbst.

Ich bin aber überzeugt, dass wir in den nächsten ein bis zwei Jahren, solange man wohl warten muss, durch solche Regelungen diesem breitgefächerten Problem von Raffgier und kurzfristiger Gewinnmaximierung Herr werden können. Die Arbeiten im vorgesetzten Raum und an der strafrechtlichen und öffentlichen Verurteilung sind in den USA und Europa angelaufen. Lassen wir uns daher den längerfristigen Blick auf die Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft und der Unternehmensverantwortung nicht verstellen. Ich möchte deshalb auf die strukturelle Frage zurückkommen, wie es um das System der Sozialen Marktwirtschaft bestellt ist.

Die soziale Marktwirtschaft hat sich für die Zeit des Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland nach dem Krieg und die folgenden ersten Jahrzehnte als außerordentlich fruchtbar erwiesen. Ihr Erfolg – das zeigt sich aus heutiger Sicht sehr klar – basierte auf dem nach dem Zusammenbruch ganz neu entzündeten Willen aller zum bedingungslosen Einsatz für das Ganze und nicht zuletzt auf der kurzfristigen Revitalisierung einer traditionellen Werteordnung. Diese Basis hat lange getragen, beginnt aber spätestens seit dem Zusammentreffen von zwei grundlegenden Entwicklungen zu bröckeln:

1. Das Ende der Ost-West-Konfrontation hat auch in Deutschland Zentrifugalkräfte freigesetzt. Der Fall der Mauer ist der letzte Schlussstein des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruchs, der in den 50er Jahren mit der Geburt der Sozialen Marktwirtschaft eingesetzt hatte. Kirche, Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften bildeten im Systemstreit jene Einheit, die für den Siegeszug der Sozialen Marktwirtschaft unabdingbar war. Seither hat diese gemeinsame Basis an Tragkraft verloren.
2. Verstärkt wurde diese Veränderung durch eine zweite Entwicklung, die unter dem Schlagwort ›Globalisierung‹ subsummierte Liberalisierung und Deregulierung der Weltwirtschaft. Die Wirtschaft passte sich unter dem globalen Wettbewerbsdruck zwangsläufig den durch die Globalisierung veränderten Rahmenbedingungen an. Dazu gehörte nicht nur der globale Kostenwettbewerb, sondern auch, dass Vorstände beispielsweise in London, Frankfurt und Stuttgart ebenso vergütet werden wollten wie in New York und Detroit.

Die Politik andererseits, gerade in Deutschland, hat bisher zu wenig und zu langsam darauf reagiert. Auch wenn, da gehe ich mit Bundespräsident Rau einig, die Globalisierung

gestaltet werden muss, so bietet sie auch eine Chance, den überfälligen Strukturwandel voranzutreiben. Zu sehr hält jedoch die Politik in Deutschland, um die Wähler nicht zu vergraulen, an Strukturen und Besitzständen vergangener Zeiten fest, die der heutigen Welt nicht mehr entsprechen. Wenn ich Politikerinnen und Politiker über Wandel und Reformen in Deutschland sprechen höre, so beschwören sie zwar den Erneuerungsbedarf, klammern sich aber dabei an ein mechanistisches Verständnis der Teilung von Verantwortung zwischen Staat und Wirtschaft, das noch aus der Blütezeit der Sozialen Marktwirtschaft in den 60er und 70er Jahren zu stammen scheint. In der erbitterten Verteidigung von Besitzständen erstarrt die Republik. Diese Verkrustung ist nicht einfach mit Standortschelte und dem Ruf nach noch mehr Deregulierung seitens der Wirtschaft aufzubrechen – was in Deutschland fehlt, ist eine Debattenkultur und eine Suche nach Lösungen, die über die heute praktisch unüberwindbaren Mauern zwischen den Gesellschaftsbereichen Politik, Wirtschaft und Kultur hinweg reicht. Und wir müssen uns fragen, ob das Menschenbild, das wir mit unseren Besitzständen verteidigen, noch der Realität der heutigen Gesellschaft entspricht. Deshalb ist das Thema Ihrer Tagung wirklich hochaktuell!

Bevor ich nun auf den Wandel zu sprechen komme, den die Unternehmen vollziehen müssen, um glaubwürdige Partner eines erneuerten Gesellschaftsvertrages zu werden, möchte ich noch einen weiteren Aspekt berühren, der einer Wiederbelebung der Sozialen Marktwirtschaft im Wege steht:

Im Zentrum der Sozialen Marktwirtschaft steht, wie ich bereits eingangs ausgeführt habe, der Staat, nicht die Unternehmen oder die Unternehmer. Damit ist auch schon eine weitere Grenze der Erneuerungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Welt der Deregulierung und Liberalisierung benannt: Einzelne Staaten haben in den vergangenen Jahren stark an Gestaltungsspielraum eingebüßt. Im internationalen Standortwettbewerb verlieren sie an Autonomie – das wird etwa in der Steuerpolitik sehr deutlich. Deshalb lässt sich die Soziale Marktwirtschaft nicht einfach mit ein paar Kunstgriffen und neuen Metaphern modernisieren. Jede Diskussion des Wirtschaftssystems muss die Veränderung der Ausgangslage zur Kenntnis nehmen.

Die Gestaltungskraft der großen, multi- oder transnationalen Unternehmen, aber oft auch der mittleren Unternehmen auf Politik und die Menschen ist gewachsen – parallel zum Rückgang des Einflusses der Nationalstaaten in Gebieten der wirtschaftlichen, aber auch kulturellen Rahmenbedingungen. Dies ist Folge der wirtschaftlichen Globalisierung und Deregulierung.

Die Beurteilung dieser neuen Gewichtsverteilung zwischen Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft – also des Zusam-

menspiels des demokratischen Pluralismus – ist hochgradig kontrovers. Die Kritik des zivilgesellschaftlichen Bündnisses der ›Globalisierungsgegner‹ dürfen wir nicht einfach ignorieren. Die Steinewerfer und Krawalltouristen sind hier eine Untergröße, die nicht nur von den Medien hochgespielt wird. Der eigentliche Kern der Globalisierungskritik aber ist eine überlegte, fundierte und kreative Argumentation für eine gestaltete, menschenorientierte Globalisierung. Nach dem 11. September hat die Kritik der Zügellosigkeit des Kapitalismus zudem eine neue Dimension erhalten. Die indische Globalisierungskritikerin Arundhati Roy hat richtig bemerkt: Das Ziel der Terrorattacken in New York war eben nicht die Freiheitsstatue, sondern waren die Türme des World Trade Centers .

Damit wird deutlich, dass eine Diskussion über die Soziale Marktwirtschaft, die ja eine Diskussion über die Wirtschaftsordnung ist, keine allein deutsche Debatte sein kann. In der globalisierten Welt kann sie nur in einer globalen Perspektive geführt werden. Sie muss im Kern auf das friedliche Miteinander verschiedener Kulturen und Religionen, die Armutsbekämpfung und das Überwinden der zahlreichen Gräben sowohl zwischen dem Norden und dem Süden als auch innerhalb einzelner Staaten zielen. Neben dem nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg ist es unabdingbar, die ökologische, soziale und kulturelle Nachhaltigkeit einzuschließen.

In den vergangenen Jahren haben sich die Vereinten Nationen, G-8-Konferenzen, WTO Tagungen, Weltbank- und IMF-Tagungen mit diesen Fragen beschäftigt. Die Diskussion ist aber weitgehend über die Köpfe der eigentlich Betroffenen in den Ländern des Südens und der Transformationsländer hinweggegangen. Die Wirtschaft war daran, abgesehen von den vollmundigen Erklärungen in Davos, nicht beteiligt. Deshalb konnten diese vielen Ansätze nicht wirklich zu Lösungen und damit zur Beruhigung der Aufgebrachtheit führen, weder in den Ländern der Dritten Welt noch in den Industrieländern.

Dabei ist die Gestaltung der Weltordnung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich alle, Internationale Organisationen, Staaten sowohl des Südens als auch des Nordens und die in NGO's organisierte Zivilgesellschaft beteiligen müssen. Gerade auch die Wirtschaft, allen voran die global tätigen Unternehmen, haben hier viel nachzuholen. Sie haben ihre faktische Gestaltungskraft nicht adäquat in Engagement für globale Rahmenbedingungen und Ethik des Wirtschaftssystems übertragen.

Die Wirtschaft ist heute eine dominante gesellschaftliche Kraft weltweit und am ehesten fähig, auf die vielfältigen Entwicklungen zu reagieren. Nicht zu Unrecht hat deshalb der Philosoph Peter Sloterdijk kürzlich die Unternehmer als »die neuen Hoffnungsträger« bezeichnet, nachdem er ihnen zuvor den Titel der Lottokönige zugeordnet hatte.

Ich möchte die wirtschaftlichen Unternehmen hier ins Zentrum der Diskussion um die Weiterentwicklung des Wirtschaftssystems stellen. Aus dem angesprochenen gewachsenen Gestaltungsfreiraum leite ich dabei eine Kategorie ab, die ich in der Debatte um die Zukunft des Weltwirtschaftssystems als zentral für einen erweiterten Unternehmensbegriff entwickeln möchte: Den Begriff der Verantwortung – und zwar Verantwortung in einem neuen, umfassenden, ganzheitlichen Sinn. Lassen Sie mich das in vier Schritten erläutern.

Der Begriff ganzheitliche Verantwortung

Der ordnungspolitische Gestaltungsfreiraum und der Einfluss der Unternehmensleitungen und der hinter ihnen stehenden Kapitalträger ist durch die Globalisierung der vergangenen Jahre wie nie zuvor gewachsen. Die Unternehmen als eigentliche Triebfedern der technischen und ökonomischen Entwicklung haben sich als Schrittmacher der Globalisierung etabliert mit dem Resultat, dass heute ihr Einfluss bis in den hintersten Winkel der Welt reicht.

Dieser Zuwachs an Gestaltungskraft ist nicht naturgegeben. Er ist menschengemacht, im wesentlichen ein Resultat von technischer Entwicklung und politischer Regulierung.

Die Unternehmensleitungen sind sich dieser Zunahme ihrer über das Betriebswirtschaftliche weit hinausgehenden Bedeutung meist noch gar nicht bewusst und deshalb auch nur in begrenztem Maße fähig, die daraus erwachsende gesellschaftspolitische Verantwortung wahrzunehmen.

Doch diese Verantwortung wächst auch, weil parallel zur Erweiterung des unternehmerischen Operationsspektrums der Begriff »Verantwortung« selbst eine qualitative Veränderung erfahren hat: Verantwortung ist immer weniger in ethischen oder religiösen Maximen begründet, sondern in der rationalen säkularisierten Welt zunehmend die Folgewirkung von Macht, Fähigkeit und Wissen. Über Wissen verfügen die leitenden Personen der Wirtschaft entsprechend ihren Erfahrungen im lokalen und globalen Raum – das Bewusstsein, das nötig ist, entsprechende Verantwortung zu übernehmen, müssen sie zumeist erst noch entwickeln und erkennen, dass Wissen nicht nur frei, sondern auch verantwortlich macht.

Das Defizit an Übernahme ganzheitlicher Verantwortung und das fehlende Gefühl dafür, was sozial adäquat und politisch akzeptabel ist, sind die Ursachen von Indifferenz, Resignation, aber auch von überzogenem persönlichem Gewinnstreben mit den vor allem aus den USA und dem Europäischen Investmentbanking bekannten Exzessen. Dies

gefährdet den Kern der gegenwärtigen globalen Ordnung, die Akzeptanz unseres Wirtschaftssystems eingeschlossen. Wir stehen also mitten in der Systemdebatte über unsere Wirtschaftsordnung, die heute gekennzeichnet ist durch die Stichworte Shareholder Value (Börsenkurs), Neoliberalismus und grenzenloser Wettbewerb. Dies ist eine, wenn nicht die Kernfrage, die nicht erst seit dem 11. September, sondern spätestens seit Seattle, Davos und Genua auf den obersten Platz der internationalen Tagesordnung gehört. Diese Systemdebatte, in der wir, ob Sie es wollen oder nicht, mitten drin sind, erleichtert nicht die Antwort auf die Frage nach der Fähigkeit, ganzheitliche Verantwortung zu übernehmen. Sie exemplifiziert vielmehr den hohen Schwierigkeitsgrad und die Komplexität, mit der wir konfrontiert sind, wenn wir ganzheitliche Verantwortung einklagen. Ein Schluss ist hier schon erlaubt: Es ist heute klar, dass der Verweis auf die »unsichtbare Hand des Marktes«, die alles regeln kann, nicht mehr zieht.

Ganzheitliche Verantwortung als unternehmerische Aufgabe

Ich möchte mich nun den Unternehmen als Träger ganzheitlicher Verantwortung zuwenden. Die Unternehmen rücke ich damit aus ihrer traditionellen, nicht-ganzheitlichen Bestimmung in eine neu zu fassende, gesellschaftspolitische Position und Funktion.

Durch den faktischen Zugriff auf Menschen und Märkte im Rahmen der Globalisierung haben die Unternehmen bereits einen Einfluss erlangt, dessen sie sich politisch und verantwortungsmäßig in der Regel noch nicht bewusst sind. Zudem fehlen die globalen Spielregeln, um diese politische Verantwortung wahrzunehmen. In diesem Umfeld der Regellosigkeit erscheinen vielen die Entscheider in der globalen Wirtschaft als das unsichtbare Gesicht eines kapitalistischen Substrates, das sich ohne Anbindung an lokale Verantwortung in den Konferenzbereichen der internationalen Flughäfen trifft, ohne die Kultur, die Menschen, die Befindlichkeit des jeweiligen Landes überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Ich glaube, die Wirklichkeit ist nicht ganz so schlimm, aber das Bild entspricht schon in vielen Fällen der Wirklichkeit und beeinflusst die Weltmeinung über die global tätigen Unternehmen.

Unter diesem Eindruck bemühen sich viele Unternehmen unter Überschriften wie Unternehmenskultur, Corporate Citizenship, Corporate Social Responsibility oder nachhaltige Unternehmensführung die wirtschaftlichen Unternehmensziele mit einer sozial-ökologischen Werteordnung zu verbinden. Die Neubestimmung des Unternehmensbegriffs unter den Maximen »Verantwortung« und »Ganzheitlichkeit«, wie sie mir vorschweben, zielt jedoch über »Corporate Citizenship« weit hinaus und setzt tiefer an. Corporate Citi-

zenship geht über punktuelle und selektive »gute Taten« letztlich nicht hinaus. Gegen gute Taten ist natürlich nichts einzuwenden; was derzeit unter den Begriffen »Corporate Citizenship« oder »Corporate Social Responsibility« getan wird, verfehlt aber in der Regel den grundlegenden Erneuerungsbedarf. In der Unternehmensrealität ist Corporate Citizenship selten mehr als Image-orientierte Beschönigungsstrategie, das Feigenblatt einer nicht täglich gelebten Unternehmenskultur.

In der Unternehmensrealität verhindert nur allzu oft das eingebaute eindimensionale wirtschaftliche Denken, das dem kurzfristigen Gewinn alles unterordnet, einem interdisziplinären Denkansatz bei der Festlegung der Unternehmensziele. Gelingt ansatzweise der große Wurf an der Unternehmensspitze und wird die gute Absicht kraftvoll kommuniziert, stellt man in der Regel fest, dass es keine definierten Umsetzungsprozesse gibt, dass das praktische tägliche Handeln in den Sparten und Tochtergesellschaften hierdurch nicht beeinflusst wird und spätestens im nächsten Konjunkturtal das Ganze auf der Strecke bleibt.

Historisch gesehen war es zwar die Fokussierung der Unternehmen auf Gewinnmaximierung, die den materiellen Wohlstand der westlichen Industrienationen hervorgebracht hat. Die aus dieser Fragmentierung folgende Entfremdung der Wirtschaft von Staat und Gesellschaft erschwert aber in zunehmendem Maß die Lösung der komplexen Problemstellungen der globalisierten Welt, etwa die Minderung der Ungleichgewichte, sowohl zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern als auch innerhalb einzelner Länder. Sie ist der Kern der neuen Systemdebatte über das gegenwärtig in den Industrienationen herrschende Wirtschaftssystem des grenzenlosen Wettbewerbs, der Deregulierung, der Privatisierung, des konsumorientierten Individualismus und neuerdings des zunehmenden »Abzockens«.

Zudem fehlen die globalen Spielregeln für die Wirtschaft, um diese politische Verantwortung wahrzunehmen. Die neun Global Compact Principles der Vereinten Nationen sind eng auf Menschen- und Arbeitsrechte beschränkte Selbstdeklarationen – die Einhaltung des Global Compact wird nicht wirklich kontrolliert und Verstöße werden nicht sanktioniert. Die einzige Organisation, die ihre Regeln griffig durchsetzen kann, die Welthandelsorganisation WTO, kümmert sich kaum um soziale und ökologische Anliegen. In keinem bestehenden Regelwerk wird die Business Community in die Gestaltung einer globalen Ordnung eingebunden.

Demgegenüber fordert ein neuer, erweiterter Unternehmensbegriff, wie er vom Club of Rome vertreten wird, die Unternehmen als Agenten des Wandels und – insbesondere die transnationalen Unternehmen – als Plattformen für den Dialog der Kulturen. Hierfür fehlt bisher der globale set-up. Es liegt an der Wirtschaft, diesen Wandel voranzutreiben.

Wie lässt sich dies verwirklichen? Ein erweiterter Unternehmensbegriff kann und soll den Unternehmen nicht etwa als fertiges Konzept von außen ideologisch übergestülpt werden wie ein vorgefertigter Aktionsplan. Es ist die Aufgabe der Unternehmen selbst, diesen erweiterten Unternehmensbegriff im Wettbewerb zu ermitteln, zu initiieren, experimentell und in Modellen herauszubilden und in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen, indem sie öffentlich darüber Rechenschaft ablegen. Eine solche Berichtspflicht bringt die notwendige Transparenz in den bereits vielfältigen sozialen und ökologischen Engagements der Unternehmen und erzeugt Druck auf diejenigen, die bisher zu wenig getan haben. In diesem Sinne sollte die Arbeit am erweiterten Unternehmensbegriff ein Kernprojekt aller Unternehmen in den kommenden Jahren sein, das mentalen Wandel zum Ziel hat.

Die Arbeit am erweiterten Unternehmensbegriff lässt sich nicht delegieren – sie ist zentrale strategische Aufgabe der Unternehmensleitung, allen voran des CEO. Denn es geht bei der Frage nach diesem erweiterten Unternehmensbegriff auch um die Bestimmung eines eigenen, authentischen Selbstverständnisses der Unternehmen und der Verantwortungsträger in den Unternehmen: Diese Verantwortungsträger müssen ihre eigentlichen Ziele, vor dem Hintergrund der ganzheitlichen Verantwortung der Unternehmen, überdenken, und zwar selbstbestimmt, ohne sich in vorausweisendem Gehorsam a priori dem Diktat der sogenannten »äußeren Umstände« zu beugen. Die Welt und ihre »äußeren Umstände« sind nicht naturgegeben, sondern entwickeln sich weitgehend in einem von uns Menschen ausgelösten Prozess. Es ist deshalb unsere Verantwortung, gerade auch in der Wirtschaft, diese »äußeren Umstände« so mitzugestalten, dass allen Menschen ein würdiges Leben möglich ist.

Das Problem der Spaltung in die kommerzielle Sphäre der Wirtschaft und die gesellschaftlich-kulturellen Sphäre von Staat und öffentlichem Leben

Ich habe bereits eingangs angesprochen, dass die weitgehende Entkoppelung der Wirtschaft von allen gesellschaftlich-kulturellen Bereichen gerade in Deutschland zu einer Lähmung der Gesellschaft führt. Es muss ganz klar gesagt werden: Es bestehen massive Vorurteile auf beiden Seiten dieses Grabens, sowohl auf der kommerziell, als auch auf der nicht-kommerziell ausgerichteten Seite – sowohl bei den Unternehmen, als auch bei den Kirchen, den Gewerkschaften und der Politik. Meist mangelt es schlicht an Wissen über die »andere« Seite, weil das Zusammenspiel der Spieler auf dem Spielfeld unserer deutschen pluralistischen Gesellschaft weder an den Schulen noch an den Universitäten gelehrt wird. Das gilt erst recht für das globale Spielfeld.

Das Resultat des tief verwurzelten gegenseitigen Misstrauens ist eine Verhärtung und Verkrustung der Gesellschaft, in der Besitzstandswahrung vor allem anderen steht. Dies ist mit den Anforderungen einer sich rasant globalisierenden Welt völlig unvereinbar.

Im Zuge dieser Spaltung der Gesellschaft werden kommerzielle Belange den privaten Unternehmen zugeschlagen. Ganzheitliche Belange werden der Öffentlichen Hand überantwortet; als Beispiele seien das Schul- und Bildungswesen, das Gesundheitswesen, Sozialwesen, Verbraucher- und Umweltschutz, aber auch die individuelle Sinnfrage genannt.

Diese Aufteilung enthält den ideologischen Trugschluss, die Sicherung der nichtkommerziellen Belange der Gesellschaft sei nur eine Frage der Verteilung oder der Kontrolle und nicht eine Frage unternehmerisch gestaltender Kreativität. Die Ganzheitsbelange, die gar nicht kommerziell ausgerichtet sein können, werden so aus dem generellen Bereich schöpferisch-unternehmerischen Handelns hinausgedrängt. Damit wird diesen Bereichen vorenthalten, was sie so dringend benötigen: Kreativität, Risikobereitschaft, Initiativekraft und Wertschöpfung.

Die Qualität und die Langfristigkeit unternehmerischen Handelns

Für den erweiterten Unternehmensbegriff ist der Begriff der Qualität unternehmerischen Handelns von entscheidender Bedeutung.

Qualität meine ich dabei nicht im technisch-mechanistischen Sinne etwa von Laufkilometern eines Autos, bis es wieder in die Werkstatt muss, oder im Sinne einer weitgehenden »Pannfreiheit«. Ich spreche von Qualität in einem ganzheitlichen ethischsozialen Sinn, welche Wirkungen auf Mitarbeiter, Kunden, Teilhaber und das gesellschaftliche Umfeld einbezieht. Einen solchen »Qualitätsbegriff« gilt es als globalen Standard zu propagieren.

Die Qualitätsfrage fällt gegenwärtig unter dem Primat des Quantitativen und der Messbarkeit immer mehr unter den Tisch. Besonders hinderlich ist die Hektik der Erfolgsmessung, in der die Unternehmen am Ende jedes Quartals den Finanzmärkten Rechnung legen. Der Wunsch nach Quartalsberichterstattung kommt in erster Linie von Kapitalsammelstellen, Finanzanalysten und Brokern. Diese orientieren sich dabei nicht an qualitativen, unternehmerischen Kriterien, sondern eben an reinen Renditeelementen kurzfristiger Art. Als Folge hat sich der globale Finanzmarkt weitgehend in Richtung eines von der realen Wirtschaft abgekoppelten, selbstbeschleunigenden Systems entwickelt, verstärkt durch die Hebelwirkung der Hedge Fonds, das allerdings sehr reale Auswirkungen auf Unternehmen hat. Die daraus resultierende Hektik behindert langfristi-

ge, gründliche, auf Qualität bezogene Strategien und zersetzt also – das muss deutlich gerade aus Unternehmenssicht gesagt werden – unter Nichtbeachtung der Kernbelange der Wirtschaft, die Interessen der Unternehmen selbst.

Es sind die Unternehmen selbst, die als Erstbetroffene diesen Missstand klar artikulieren müssen. Es ist an der Zeit, dass den Unternehmern und Unternehmen aufgeht, dass Wettbewerb kein Selbstzweck ist; mehr noch, wir müssen eingestehen, dass der Wettbewerb in der globalisierten Wirtschaft auch Grenzen braucht, die seine zerstörerische Kraft im Zaum halten.

Meine Damen und Herren,
Angesichts der enorm gewachsenen Gestaltungskraft des Privaten Sektors ist es unabdingbar, dass die Akteure der Weltwirtschaft im Sinne eines erweiterten Unternehmensbegriffs an der Gestaltung der Ordnung mitwirken. Dazu müssen sich die Unternehmen selbst aktiv in Debatte einbringen und auch ganz konkret mit einzelnen Projekten Zeichen setzen.

- Unternehmen könnten sich beispielsweise stärker engagieren für Entscheidungen zur Überwindung von Armut und menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern. Die Forderung von Georges Soros, Investoren in Entwicklungsländern über die Zulassungsregeln an den Börsen zu verpflichten, die Höhe ihrer Investitionen an einem Standort offen zu legen, um so dem Versickern der Gelder in private Taschen entgegenzuwirken, kann hier Modellcharakter haben.
- Unternehmen können auch gute Botschafter sein, wenn es um den Ausbau der kulturellen Toleranz, das Zusammenarbeiten und -leben geht, da praktizierte Kooperation kulturelle Vorbehalte abbauen kann.
- Eine weitere Facette der Verantwortung von Unternehmen möchte ich hier nur antippen. Stellt sich die Frage der Verantwortung der Unternehmen nicht auch an anderer Stelle, sozusagen an ihrer eigenen Wurzel?: Als Symbole des freien Unternehmertums und der modernen Marktwirtschaft drängt sich die Frage auf, welche Verantwortung Wirtschaftsunternehmen tragen für ihre eigene Basis, die freie und liberale demokratische Gesellschaft. Sind die Unternehmen nicht verpflichtet, diese Basis zu pflegen und für ihre Grundprinzipien und -werte an jedem Ort, an dem sie Geschäfte betreiben, einzutreten?

Dies sind nur wenige Beispiele, wie die Wirtschaft sich konkret in die Lösung der Herausforderungen unserer Zeit einbringen kann.

Eine Erneuerung des Unternehmensbegriffs in dieser Stoßrichtung fordere ich nicht nur für die globale Ebene, sondern ganz konkret und zu aller erst auch für Deutschland.

Die Soziale Marktwirtschaft müsste sich hier auch als Verpflichtung der Unternehmen für die Zukunft ihres lokalen und globalen gesellschaftlichen Umfeldes verstehen. Der Rheinische Kapitalismus fußt auf einem anderen Menschenbild als der angelsächsische. Ein erneuerter Unternehmensbegriff könnte hier ein Grundstein sein für die Stärkung eines Wirtschaftsverständnisses, das nicht nur den nächsten Quartalsabschluss im Auge hat, sondern sich der Gesellschaft, in der die Unternehmen agieren, bewusst ist. Damit leisten Unternehmen einen Beitrag, die Blockade aus gegenseitigem Misstrauen und Besitzstandswahrung zu überwinden.

Es ist klar, dass die Mehrheit der Unternehmen heute noch nicht in der Lage ist, eine ganzheitliche Verantwortung in der geschilderten Form zu tragen, nicht zuletzt deshalb, weil die heutige einseitige Fokussierung auf den kurzfristigen Gewinn und den Shareholder Value der Übernahme derartiger Verantwortung noch im Wege steht. Ich glaube, es ist aber an der Zeit, diesen Prozess anzustoßen, hin zu einem ‚Public Purpose Capitalism‘, wie ihn mein Kollege im Vorstand des Wittenberg-Zentrums für Globale Ethik, Andy Young, nennt. Ich bin mir sicher, dass die Hoffnungslosigkeit vieler Menschen und ihre fehlende Aussicht auf Teilhabe am weltwirtschaftlichen Wachstum nicht die Dimension erreicht hätte, die heute den Nährboden für fundamentalistischen Terrorismus bildet, wenn wir früher begonnen hätten, von ethischen Werten bestimmte globale Standards weltweit festzulegen und umzusetzen. Dass dieses so offensichtlich nicht gelungen ist, zeigt das Versagen der bisher zuständigen politischen Akteure. Ihnen allein kann daher das Feld nicht überlassen bleiben. Sie haben als Vertreter kurzfristiger nationaler, häufig auch persönlicher Machtinteressen zuviel Vertrauen verloren. Ich spreche von den Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt gleichermaßen.

Es ist an uns allen, und diese Aufgabe haben sich der Club of Rome wie auch das Wittenberg-Zentrum vorgenommen, einen geeigneten Regelsetzungsprozess einzufordern. Ganzheitliche Verantwortung muss auch von der nationalen Politik im Sinne einer Weltverantwortung für Frieden und Solidarität verlangt werden. So haben sowohl die Politik wie die Unternehmen sich aufs Neue auf Ihre Verantwortung zu besinnen. Ich meine, dass die nötige Weiterentwicklung der sozialen Marktwirtschaft nur auf der Grundlage einer derartigen breiten Neubesinnung möglich ist.

Diese Beiträge sind auszugsweise in englischer Sprache im CESifo Internet Forum auf unserer Website www.cesifo.de zu finden.